

## Antwort der Bundesregierung

auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)  
und der Gruppe der PDS/Linke Liste  
— Drucksache 12/6069 —

### Erneuerung industrieller Kerne

#### Vorbemerkung

1. Die Bundesregierung hat mit ihrer Politik von Anfang an der Schwere der Umbruchsituation in der Industrie der neuen Länder Rechnung getragen. Grundlage war, daß eine dauerhafte Sicherung von Industriestandorten nur auf der Basis einer marktwirtschaftlichen Strukturpolitik erfolgen kann. Nur private Investoren haben die notwendigen Kenntnisse und ein hohes Interesse, ihre Produkte auf den Märkten konkurrenzfähig abzusetzen und so neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen bzw. alte zu sichern.

Zentrale Ansatzpunkte dieser Politik sind:

- Massive Investitionsförderung mit einem Schwerpunkt zugunsten des Aufbaus eines leistungsfähigen industriellen Kapitalstocks,
- Ausbau der Infrastruktur, insbesondere bei Bahn, Post, Telekommunikation und Verkehr,
- Privatisierung und Sanierung durch die Treuhandanstalt, u. a. durch Maßnahmen zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne,
- Abbau von Investitionshemmnissen,
- Förderung von Forschung und Entwicklung,
- Maßnahmen zur Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte,
- Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik.

Dennoch kam es zu einem Produktionseinbruch in der Industrie der neuen Länder, die nach jahrzehntelanger sozialistischer Mißwirtschaft unfähig war, den Anpassungszwängen des intensiven internationalen Wettbewerbs zu widerstehen. Im Durchschnitt der Jahre 1991 und 1992 belief sich die Erzeugung nur noch auf rund 65 % des Niveaus im zweiten Halbjahr 1990. Der Produktionseinbruch wurde von einem massiven Beschäftigungsabbau begleitet. Von den Anfang 1991 fast zwei Millionen Beschäftigten in Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 20 Beschäftigten waren Ende letzten Jahres nur noch etwa 650 000 verblieben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Produzierenden Gewerbes im dritten Quartal 1993 in den neuen Ländern auf rd. zwei Millionen (hierin enthalten sind auch die Arbeitsplätze in kleinen Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten und die Handwerksbetriebe des Produzierenden Gewerbes). Das Wegbrechen der angestammten Exportmärkte wird in dem außerordentlich starken Rückgang der Ausfuhren der neuen Bundesländer deutlich, die sich 1992 mit 13,8 Mrd. DM nur noch auf wenig mehr als ein Drittel des noch 1990 erreichten Wertes von 38,1 Mrd. DM beliefen.

Fortschritte beim Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft sind inzwischen unverkennbar. Die umfangreichen Investitionen in die Modernisierung und Erweiterung des Kapitalstocks sowie in die Erneuerung und Verbesserung des Produktangebots be-

ginnen ihre Wirkung zu entfalten. Mit den zentralen Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung privater Investitionen sind bis Ende letzten Jahres in den neuen Bundesländern Unternehmensinvestitionen von über 200 Mrd. DM auf den Weg gebracht worden, die zunehmend produktionswirksam werden. Mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze – 3,5 Millionen – konnten damit neu geschaffen oder gesichert werden. Die Unternehmensinvestitionen (ohne Wohnungsbau) lagen je Einwohner 1993 erstmals über dem Niveau in Westdeutschland (111%). In jeweiligen Preisen wurden in den neuen Ländern Investitionen in Höhe von 87,2 Mrd. DM 1991, 115,6 Mrd. DM 1992 und 138,5 Mrd. DM 1993 getätigt.

Inzwischen hat sich auch die Lage der Industrie in den neuen Ländern vor allem aufgrund der großen wirtschaftspolitischen Anstrengungen bei erheblichen Unterschieden zwischen den Unternehmen und den Wirtschaftszweigen stabilisiert, allerdings auf niedrigem Niveau. Die Entwicklung von Produktion und Auftragseingängen zeigt zunehmend bessere Perspektiven an. Eine günstigere Entwicklung und eine höhere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten wird derzeit allerdings durch das noch immer viel zu hohe Kostenniveau vieler ostdeutscher Industrieunternehmen, vor allem die gemessen an der Produktivität zu hohen Lohnkosten, sowie durch fortbestehende Defizite im unternehmerischen Know-how gehemmt.

2. Mit dem Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne hat die Bundesregierung neue Akzente für die Sanierungsanstrengungen der Treuhandanstalt gesetzt, insbesondere bezüglich der Zusammenarbeit der Treuhandanstalt mit den neuen Bundesländern und deren finanzieller Beteiligung. Weiterhin wurde der maßgebliche Finanzansatz der Treuhandanstalt aufgestockt.

Das Konzept der Bundesregierung, das in den Solidarpakt eingegangen ist und bereits im Dezember 1992 mit der Treuhandanstalt, den Gewerkschaften und der Industrie erörtert worden ist, wurde in seinen Grundzügen mit dem Jahreswirtschaftsbericht 1993 mit den folgenden Kernpunkten beschlossen:

- Dort, wo notwendig, soll eine möglichst rasche und konkrete Überarbeitung der vorzulegenden Unternehmenskonzepte durch die Unternehmen erfolgen. Insbesondere Unternehmen mit hoher Abhängigkeit von den GUS-Märkten müssen die Unternehmenskonzepte mit dem Ziel überarbeiten, die Umorientierung auf die Westmärkte zu beschleunigen.
- Bei der Beurteilung der Sanierungsfähigkeit von Unternehmen sollen weniger die konjunkturelle Lage als die mittelfristigen Aussichten ausschlaggebend sein.
- Die Betriebe erhalten nach individueller Festlegung die zur Umstrukturierung notwendige Zeit, im Regelfall mindestens ein Jahr. Auch während dieser Zeit ist eine Privatisierung anzustreben, wenn dadurch das Sanierungsziel nicht in Frage gestellt wird.

- Die Treuhandanstalt wird für ihre sanierungsfähigen Unternehmen die Umsetzung der vereinbarten Unternehmenskonzepte nicht an der Finanzierung scheitern lassen. Die Treuhandanstalt gewährleistet, daß der für die Sanierung erforderliche Personalbestand gesichert ist. Einen Entlassungsstopp kann es während der Sanierungsphase allerdings nicht geben, weil er die Sanierung unmöglich machen kann und potentielle Investoren abschreckt.
- Die Treuhandanstalt hat allen neuen Bundesländern bei der Sanierung von Unternehmen eine Zusammenarbeit nach dem „Sachsen-Modell“ angeboten. Dabei bestimmt das Land nach Anhörung von Wirtschaft und Gewerkschaften Unternehmen von besonderer regionaler Bedeutung. Stellt die Treuhandanstalt für diese Unternehmen die Sanierungsfähigkeit fest, wirken Treuhandanstalt und Land bei der Sanierung zusammen, um – jede Seite entsprechend den von ihr in der Vereinbarung übernommenen Pflichten – die Sanierung und Privatisierung zu einem Erfolg zu führen.

Anders als in der Anfrage offensichtlich unterstellt, hat aber weder die Bundesregierung selber noch die Treuhandanstalt einzelne Unternehmen als „industrielle Kerne“ identifiziert. Die Bundesregierung hat die Treuhandanstalt mit dem Konzept industrieller Kerne in die Lage versetzt, Initiativen der neuen Bundesländer aufzugreifen und mit ihnen gemeinsam Problemlösungen für bedeutende Betriebe zu entwickeln.

3. Die Bemühungen der Treuhandanstalt um industrielle Kerne werden seitens der Bundesregierung im Rahmen eines breiten strukturpolitischen Ansatzes flankiert durch den Einsatz öffentlicher Mittel. Für Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen und zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den betroffenen Regionen stehen Förderhilfen aller relevanten strukturwirksamen Politikbereiche – Regionalpolitik, Verkehrspolitik, Stadtentwicklungspolitik, Umweltpolitik, Forschungs- und Technologiepolitik – zur Verfügung. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen überbrücken die Zeitspanne zwischen der Schrumpfung der alten und dem Aufbau neuer Strukturen. Bund und neue Länder wirken dabei entsprechend der grundgesetzlich verankerten Aufgabenverteilung eng zusammen.

In diesem Zusammenhang spielt die Regionalpolitik im engeren Sinne im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) eine wichtige Rolle. Die GA zielt darauf ab, durch den Abbau von strukturellen Anpassungsbarrieren die regionale Standortattraktivität zu erhöhen (Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur) und zukunftsorientierte wettbewerbsfähige Dauerarbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten (Gewährung von Investitionszuschüssen für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft).

Im Rahmen der GA hat der Bund für die neuen Bundesländer seit 1990 Mittel für die Investitions-

förderung im Umfang von ca. 120 Mrd. DM zur Verfügung gestellt. Den Ländern wurden weitgehende Gestaltungsspielräume für die Vergabe dieser Investitionszuschüsse zugestanden, denn es ist vornehmlich Aufgabe der Kreise und Gemeinden sowie der Länder, eine auf die spezifische Problemlage „vor Ort“ zugeschnittene Umstrukturierungs- und Entwicklungsstrategie zu entwickeln und umzusetzen.

Angaben zur GA-Förderung werden als Ergänzung der rein unternehmensbezogenen Aktivitäten in der Beantwortung einzelner Fragenkomplexe zusätzlich aufgenommen.

Die Beseitigung ökologischer Altlasten ist ein weiterer Schwerpunkt im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne. Ein konkretes Ziel der Altlastensanierung besteht darin, ehemalige Industrieflächen für neue Nutzungen vorzubereiten und durch „Flächenrecycling“ Voraussetzungen zur Erhaltung industrieller Kernbereiche zu schaffen. Einen wichtigen Baustein auf diesem Wege bildet das am 1. Dezember 1992 zwischen Bund und neuen Ländern geschlossene Verwaltungsabkommen über die Regelung der Finanzierung der ökologischen Altlasten. Für die allgemeinen Freistellungen nach dem Umweltschutzgesetz stehen bei einer Kostenteilung zwischen Treuhandanstalt und neuen Ländern im Verhältnis 60:40 für den Zeitraum von 1992 bis 2001 pro Jahr 1 Mrd. DM zur Verfügung. Darüber hinaus ist bei einer Kostenteilung im Verhältnis 75:25 vorgesehen, Flächen mit besonderen ökologischen Altlasten als Großprojekte festzulegen. Im Bereich des Großprojektes Braunkohlesanierung stehen zunächst für den Zeitraum 1993 bis 1997 jährlich 1,5 Mrd. DM bereit. Für weitere 21 festgestellte Großprojekte werden die Sanierungskosten auf rund 6 Mrd. DM geschätzt.

4. Eine Vielzahl der Fragen zielt auf geschützte Firmendaten, die – soweit sie der Bundesregierung überhaupt bekannt sind – nicht ohne effiziente Geheimhaltungsvorkehrungen, wie sie etwa mit dem 2. Untersuchungsausschuß vereinbart worden sind, seitens der Bundesregierung preisgegeben werden dürfen. Soweit möglich, werden daher in der Antwort auf diese Anfrage die Daten regional und standortbezogen zusammengefaßt.

- A. Die Konzeption der Bundesregierung zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne in den neuen Bundesländern stellt im Juni 1993 bilanzierend fest: „Durch die bisherige Privatisierung konnten bereits wesentliche Erfolge beim Erhalt und der Sicherung industrieller Kerne in den neuen Bundesländern erreicht werden.

Wichtige Beispiele dafür sind:

für die Autoindustrie:

Opel-Automobilwerk Eisenach Pkw GmbH;

für die optische Industrie:

Jenoptik GmbH/Carl Zeiss Jena GmbH;

für Schiffbau und Meerestechnologie:

Volkswerft GmbH, Stralsund; Kvaerner Warnow Werft GmbH, Warnemünde; MTW Schiffswerft GmbH, Wismar;

für die mikroelektronische Industrie:

Zentrum für Mikroelektronik Dresden GmbH, Dresden;

für die Stahlindustrie:

Hennigsdorfer Stahl GmbH; Stahl- und Walzwerk Brandenburg GmbH;

für die Bereiche Maschinenbau und Elektrotechnik:

NILES Werkzeugmaschinen GmbH, Berlin; ABB-Bergmann-Borsig GmbH, Berlin; Werk für Fernsehelektronik GmbH, Berlin;

für die chemische und Mineralölindustrie:

Leuna-Werke AG, Leuna; Minol Mineralölhandel AG; Addinol Mineralöl GmbH, Lützkendorf.

#### 1. Automobilindustrie

- a) Wie ist der gegenwärtige Stand des Aufbaus des Opel-Automobilwerkes Eisenach Pkw GmbH als industrieller Kern?  
Welcher monatliche Produktionsumfang wurde erreicht?

Nach der inzwischen ausgelaufenen Bausatzmontage des Opel-Vectra im Oktober 1990 verließ im September 1992 der erste Opel-Astra und im Juni 1993 der erste Opel-Corsa die neu erbauten Fertigungsanlagen in Eisenach. Die Aufbauphase des Werkes gilt mittlerweile nach Angaben der Adam Opel AG als abgeschlossen. Sie umfaßte den Karosserierohbau, die Lackiererei und die Fahrzeugendmontage.

Die Unternehmensleitung hat die Bundesregierung davon unterrichtet, daß seit Oktober 1993 das Opel-Automobilwerk Eisenach im Drei-Schicht-Betrieb arbeitet. Im Jahre 1993 seien 54 460 Pkw, davon 13 318 Opel-Astra und 41 142 Opel-Corsa hergestellt worden; die Tagesproduktion erreichte im Dezember 503 Fahrzeuge.

- b) Wie viele Arbeitsplätze sind in der Region Eisenach damit gegenwärtig verbunden?  
c) Wie viele Arbeitsplätze waren es am 1. Januar 1993?

Die Anzahl der Mitarbeiter ist nach Angaben des Opel-Werkes im Jahre 1993 um mehr als 1 000 auf 1 850 gestiegen. Unter Einbeziehung der in der Region Eisenach für die Automobilindustrie tätigen neun Zuliefer- und fünf Dienstleistungsunternehmen sind gegenwärtig etwa 4 560 Arbeitsplätze mit der Automobilproduktion verbunden. Hierin sind Arbeitsplätze bei über 20 weiteren Zulieferfirmen in den neuen Bundesländern und bei Reparaturwerkstätten, Serviceeinrichtungen etc. vor Ort nicht enthalten.

- d) Welche Maßnahmen werden im Umfeld des Opel-Automobilwerkes in der Region Eisenach weiter vorgesehen, um den industriellen Kern zu gestalten?

Hierzu wird auf die nachfolgenden Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in der Region Eisenach verwiesen, aus denen die Anzahl der Vorhaben zur Schaffung von Arbeitsplätzen am Standort Eisenach mit Unterstützung öffentlicher Förderhilfen hervorgeht.

	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	658	3 772	823	28 000
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	48	330	186	

- e) Bis auf wie viele Arbeitsplätze könnte der industrielle Kern bis zu welchem Zeitraum erweitert werden?

Die künftige Arbeitsplatzsituation in der Region Eisenach wird von der weiteren konjunkturellen und regionalen Wirtschaftsentwicklung abhängen und ist nicht im voraus zu quantifizieren.

### 2. Optische Industrie

- a) Wie ist der gegenwärtige Stand der Erneuerung der Jenoptik GmbH/Carl Zeiss Jena als industrieller Kern in der Region Jena?  
Welcher monatliche Produktionsumfang wurde erreicht?
- b) Wie viele Arbeitsplätze sind in der Region Jena damit gegenwärtig verbunden?
- c) Wie viele Arbeitsplätze waren es am 1. Januar 1993?

Auf der Grundlage der am 26. Juni 1991 abgeschlossenen Grundsatzvereinbarung wurde das Unternehmen Jenoptik Carl Zeiss Jena GmbH zur Privatisierung in die Unternehmen Carl Zeiss Jena GmbH und Jenoptik GmbH gespalten.

Gegenwärtig ist an der Jenoptik GmbH das Land Thüringen zu 100 % beteiligt. Die Anteile an der Carl Zeiss Jena GmbH werden zu 51 % von Carl Zeiss Oberkochen und zu 49 % von der Jenoptik GmbH gehalten. Offizielle Firmenangaben zur Zahl der Arbeitsplätze und des Produktionsumfanges bei diesen Unternehmen zum Stichtag 1. Januar 1993 liegen der Bundesregierung derzeit nicht vor.

Nach der o.a. Grundsatzvereinbarung sollen im Bereich der Unternehmen Jenoptik GmbH und Carl Zeiss Jena GmbH mindestens 10 200 Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen werden.

- d) Welche Maßnahmen werden zur Erneuerung der Jenoptik GmbH/Carl Zeiss Jena als industrieller Kern in der Region Jena weiter vorgesehen?

Hierzu wird auf die nachfolgenden Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in der Region Jena verwiesen, aus denen die Anzahl der geförderten Vorhaben zur Schaffung von Arbeitsplätzen hervorgehen:

	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	298	1 428	323,2	14 921
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	25	165	101,5	

- e) Bis auf wie viele Arbeitsplätze kann der industrielle Kern bis zu welchem Zeitraum erweitert werden?

Die künftige Arbeitsplatzsituation in der Region Jena wird von der weiteren konjunkturellen und regionalen Wirtschaftsentwicklung abhängen und ist nicht exakt im voraus zu quantifizieren.

### 3. Schiffbau und Meerestechnologie

- a) Wie ist der gegenwärtige Stand der Erneuerung industrieller Kerne in der Volkswerft GmbH, Stralsund, Kvaerner Warnow

Werft GmbH, Warnemünde, MTW Schiffswerft GmbH, Wismar?

Welcher monatliche Produktionsumfang wurde jeweils erreicht?

Mit der Mitte 1992 erwirkten Ausnahmeregelung von der Beihilfeobergrenze der 7. EG-Schiffbaubehilfenrichtlinie, mit der die EU-Kommission ermächtigt wird, unter der Voraussetzung einer 40 %igen Reduzierung der Neubaukapazitäten Betriebsbeihilfen in Höhe von bis 36 % eines Drei-Jahres-Umsatzes der jeweiligen Werft zu genehmigen, wurde die Voraussetzung für eine zügige Privatisierung und Restrukturierung und damit den Erhalt der ostdeutschen Schiffbauindustrie

geschaffen. Auf dieser Grundlage konnten inzwischen – ebenso wie auch die Peene-Werft, die Elbwerft Boizenburg und die Roßlauer Schiffswerft – die folgenden Wertstandorte privatisiert werden:

- August 1992 die MTW Schiffswerft an die Bremer Vulkan AG,
- Oktober 1992 die jetzige Kvaerner-Warnow-Werft (KWW) an norwegischen Kvaerner-Konzern,
- Februar 1993 die Volkswerft Stralsund (VW) an ein Konsortium unter Führung der Bremer Vulkan.

Die zukünftige Schiffbaukapazität der drei Werften, die ab Ende 1995 eingehalten werden muß, wurde in Umsetzung der EG-Richtlinie 92/68 vom 20. Juli 1992 auf zusammen 270 000 cgt festgelegt.

Die Produktion der drei großen Seeschiffswerften in Mecklenburg-Vorpommern lag 1992 bei insgesamt 187 818 cgt (monatliche Durchschnittsproduktion: 15 652 cgt) und 1993 bei 233 004 cgt (monatliche Durchschnittsproduktion: 19 417 cgt).

Mit dem gegenwärtigen Auftragsbestand ist bei den Werften bereits eine Auslastung der Kapazitäten von 94,2 % für 1994 und 65,6 % für 1995 gesichert.

- b) Wie viele Arbeitsplätze sind in den Regionen damit jeweils gegenwärtig verbunden?

Bei der Kvaerner-Warnow-Werft, der MTW Schiffswerft und der Volkswerft Stralsund waren nach An-

gaben der Unternehmen am 1. Januar 1994 zusammen 7 494 Mitarbeiter beschäftigt. Die Unternehmen haben bis zum 31. Dezember 1995 bzw. 31. Dezember 1997 davon zusammen 6 635 Arbeitsplätze (einschließlich 425 Ausbildungsplätze) garantiert.

Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß jeder Schiffsbauarbeitsplatz zusätzlich sowohl in den maritimen Unternehmen im Umfeld der Werften als auch in den Bereichen Handel und Dienstleistungen weitere Arbeitsplätze in beträchtlicher Größenordnung schafft bzw. erhält.

- c) Wie viele Arbeitsplätze waren es jeweils am 1. Januar 1993?

Am 1. Januar 1993 waren bei der Kvaerner-Warnow-Werft, der MTW Schiffswerft und der Volkswerft Stralsund zusammen 8 274 Mitarbeiter beschäftigt.

- d) Welche Maßnahmen werden weiter zur Erneuerung der industriellen Kerne vorgesehen?

Hierzu wird auf die nachfolgenden Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in der Region Stralsund, Wismar und Rostock verwiesen, aus denen die Anzahl der geförderten Vorhaben zur Schaffung von Arbeitsplätzen hervorgehen:

Stralsund:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	68	864,4	100,0	6 817
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	32	215,0	129,7	

Wismar:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	103	892,2	84,1	6 730
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	23	84,4	54,4	

Rostock:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	313	2 180,2	336,2	21 978
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	66	384,0	230,3	

- e) Bis auf wie viele Arbeitsplätze können die industriellen Kerne Schiffbau und Meerestechnologie bis zu welchem Zeitraum erweitert werden?

Durch die Privatisierung der Werften wurden die wesentlichen Voraussetzungen zur Sicherung und Erneuerung der Werften in Mecklenburg-Vorpommern geschaffen. Die weitere Entwicklung wird von externen Faktoren mitbestimmt: Weltmarktkonkurrenz, neue Technologien, Nachfrage nach Neubautonnagen.

- f) Wie werden sich die Zulieferungen für den Schiffbau und die Meerestechnologie aus Mecklenburg-Vorpommern und den anderen Bundesländern gestalten?

In Mecklenburg-Vorpommern werden 1994 schätzungsweise ca. 4 000 Beschäftigte im Zulieferbereich durch die Werften gebunden werden können. Je nach Wettbewerbslage dieser Zulieferfirmen zu vergleichbaren Firmen außerhalb der Region ist eine Ausweitung des Zuliefervolumens mit einer tendenziellen Vermehrung der Beschäftigten in diesem Bereich möglich; gegenwärtig liegt der Anteil der Zulieferungen aus der Region Mecklenburg-Vorpommern bei etwa 50%.

4. Mikroelektronische Industrie

- a) Wie ist der gegenwärtige Stand der Erneuerung des Zentrums für Mikroelektronik Dresden als industrieller Kern in der Region Dresden?  
Welcher monatliche Produktionsumfang wurde erreicht?

Seit 1. November 1993 sind die Privatisierungsverträge für ZMD in Kraft. Erwerber und damit neue Anteilseigner sind zu jeweils 50% die Beteiligungsgesellschaft für die deutsche Wirtschaft mbH (Tochter der Dresdner Bank) und die Atlas-Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (Tochter der Commerzbank).

Der durchschnittliche monatliche Produktionsumfang an mikroelektronischen Bauelementen beläuft sich auf:

1993 300 000 bis 350 000 Stück  
1994 900 000 bis 1 100 000 Stück

- b) Wie viele Arbeitsplätze sind in der Region Dresden damit gegenwärtig verbunden?

Mit dem Erhalt des ZMD sind im ZMD selber 556 Arbeitsplätze sowie in der Region Dresden ca. 1 000 bis 1 500 Arbeitsplätze durch Zulieferungen, Serviceleistungen für ZMD, Entwicklungsverbundprojekte, Lieferungen und Leistungen für sächsische klein- und mittelständische Unternehmen verbunden.

Mit dem Kaufvertrag hat der Erwerber den Erhalt von 400 Arbeitsplätzen für zwei Jahre vom Zeitpunkt des Vertragsabschlusses an garantiert. Per 1. Januar 1993 wurden 556 Arbeitsplätze übernommen. Zum 31. Oktober 1993 wurden 550 Arbeitsplätze ausgewiesen.

- c) Wie viele Arbeitsplätze waren es am 1. Januar 1993?

Im Januar 1993 waren beim ZMD 556 Arbeitnehmer beschäftigt.

- d) Welche Maßnahmen werden zur Erneuerung als industrieller Kern in der Region Dresden weiter vorgesehen?

Vorgesehen ist der Aufbau eines Hochleistungs- und Innovationszentrums für Mikroelektronik in Dresden (HIMD) unter Führung der Siemens AG in Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen mit einem Investitionsaufwand von ca. 2,7 Mrd. DM über einen Zeitraum von zehn Jahren.

Der Baubeginn ist geplant für VI/94, der Fertigungsbeginn für IV/95. In der Forschungs- und Fertigungsstätte sollen bis zum Jahre 2004 etwa 1 200 hochqualifizierte Arbeitsplätze für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Facharbeiter entstehen.

Weiterhin wird auf die nachfolgenden Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in der Region Dresden verwiesen, aus denen die Anzahl der geförderten Vorhaben zur Schaffung von Arbeitsplätzen hervorgehen:

	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	521	2 585,8	335,8	38 010
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	55	363,1	236,0	

- e) Bis auf wie viele Arbeitsplätze kann der industrielle Kern bis zu welchem Zeitraum erweitert werden?

Im ZMD wird eine Erweiterung der Arbeitsplätze von 577 in 12/93 auf ca. 650 bis 1995/96 erwartet.

Mit dem Aufbau des HIMD werden bis 1996 ca. 1 200 Arbeitsplätze geschaffen. Im Umfeld werden ca. 2 000 bis 2 500 Arbeitsplätze für Zulieferungen und Serviceleistungen entstehen und zusätzliche wesentliche Impulse erwartet.

5. *Stahlindustrie*

- a) Wie ist der gegenwärtige Stand der Erneuerung als industrieller Kern der Hennigsdorfer Stahl GmbH und der Stahl- und Walzwerk Brandenburg GmbH?

Welcher monatliche Produktionsumfang wurde jeweils erreicht?

Die Privatisierung der sanierungsfähigen Unternehmensteile der Hennigsdorfer Stahl GmbH und der Stahl- und Walzwerk Brandenburg GmbH erfolgte zum 1. Februar 1992 mit den neuen Firmennamen H.E.S. Hennigsdorfer Elektrostahlwerke GmbH und B.E.S. Brandenburger Elektrostahlwerke GmbH.

Eigentümer beider Unternehmen wurde die italienische Firmengruppe Riva, die in mehreren europäischen Ländern Stahlunternehmen besitzt und erfolgreich betreibt.

Die Privatisierung der sanierungsfähigen Unternehmensteile erfolgte durch einen Assetkauf. Die nicht sanierungs- und privatisierungsfähigen Betriebsteile der beiden Unternehmen, im wesentlichen bestehend aus veralteten, unproduktiven Siemens-Martin-Stahlwerken, wurden als Treuhandunternehmen 1992 (Hennigsdorf) bzw. Ende 1993 (Brandenburg) sozialverträglich abgewickelt und stillgelegt.

Der monatliche Produktionsumfang beider Werke zusammen lag 1992 und 1993 bei ca. 100 000 t und hat damit nach erheblichem Rückgang in den Jahren 1990 und 1991 trotz rezessiver Entwicklung der europäischen Stahlindustrie die durchschnittliche Monatsleistung der Jahre 1987 bis 1989 bereits wieder erreicht.

- b) Wie viele Arbeitsplätze sind in den Regionen damit jeweils gegenwärtig verbunden?

Mit der Privatisierung der Hennigsdorfer und der Brandenburger Elektrostahlwerke wurden für den Zeitraum bis Ende 1993 insgesamt mindestens 1 500 Arbeitsplätze garantiert. Langfristig sind insgesamt 1 800 Dauerarbeitsplätze vorgesehen.

- c) Wie viele Arbeitsplätze waren es jeweils am 1. Januar 1993?

Die Stahl- und Walzwerke Brandenburg GmbH hatte per 1. Januar 1993 noch 2 100 und zum Zeitpunkt der endgültigen Stilllegung Mitte Dezember 1993 noch 1 470 Beschäftigte. Alle zu diesem Zeitpunkt verbliebenen Mitarbeiter wurden von der Gesellschaft für Arbeit, Beschäftigung und Strukturentwicklung bis Ende 1995 übernommen. Ungefähr 500 davon werden mit dem Abriß und der Abwicklung des Stahlwerkes beschäftigt. Allen wird die Möglichkeit geboten, sich durch Teilnahme an Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen auf neue Arbeitsplätze vorzubereiten.

- d) Welche Maßnahmen werden weiter zur Erneuerung als industrielle Kerne vorgesehen?

Entsprechend den im Kaufvertrag übernommenen Verpflichtungen hat der Eigentümer Riva, nach inzwischen erfolgter Genehmigung der EG-Kommission, mit Investitionsmaßnahmen zur Modernisierung der Werke H.E.S. und B.E.S. begonnen. Der Gesamtumfang dieser Investitionen soll 200 Mio. DM betragen und bis Ende 1995 durchgeführt werden.

Weiterhin wird auf die nachfolgenden Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in der Region Brandenburg verwiesen, aus denen die Anzahl der geförderten Vorhaben zur Schaffung von Arbeitsplätzen hervorgehen:

	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	121	1 333,9	283,4	8 656
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	5	161,6	111,7	

- e) Bis auf wie viele Arbeitsplätze können die industriellen Kerne der Stahlindustrie bis zu welchem Zeitraum erweitert werden?

Die künftige Arbeitsplatzsituation in der Region wird von der weiteren konjunkturellen und regionalen Wirtschaftsentwicklung abhängen und ist nicht im voraus zu quantifizieren.

6. *Maschinenbau und Elektronik*

- a) Wie ist der gegenwärtige Stand der Erneuerung als industrieller Kern der NILES Werkzeugmaschinen GmbH, Berlin, ABB-Bergmann-Borsig GmbH, Berlin, Werk für Fernsehelektronik GmbH, Berlin?

Welcher monatliche Produktionsumfang wurde jeweils erreicht?

Die NILES Werkzeugmaschinen GmbH ist im Mai 1993 privatisiert worden. Erwerber ist die Fritz Werner Werkzeugmaschinen GmbH.

Die Sanierung der Substanz des Unternehmens hat Mitte 1993 begonnen und wird in Etappen bis 1995 beendet sein. Der Gesamtumsatz des Unternehmens ist 1993 beträchtlich gestiegen (58 %). Damit werden bereits wieder rund 50 % früherer Umsatzleistungen erreicht. Die Umsatzrückgänge entsprechen in der Größenordnung den konjunkturbedingten Einbrüchen, die auch in westdeutschen Unternehmen in der Branche zu verzeichnen sind. Dabei liegt der Gesamtexport des Unternehmens 1993 bei über 75 %. Im Kerngeschäft, den Verzahnungsmaschinen, wird eine Exportquote von 94 % erreicht, davon nur noch 6 % Ostexport. Das Unternehmen hat auf wichtigen Überseemärkten seine Marktanteile erhalten können.

ABB-Bergmann-Borsig GmbH

Die Bergmann-Borsig GmbH ist im März 1991 von der Asea Brown Boveri AG übernommen worden. Mit einem Investitionsaufwand von 80 Mio. DM im Zeitraum 1991 bis 1993 wurde das Unternehmen zwischenzeitlich modernisiert und neu gestaltet. Seit 1993 schreibt das Unternehmen schwarze Zahlen.

Werk für Fernsehelektronik

SAMSUNG hat zum 1. Januar 1993 die Farbbildröhrenfertigung der Werk für Fernsehelektronik GmbH in Berlin übernommen. 1993 wurden mit Investitionen in Höhe von 62 Mio. DM ca. 75 % der Ausrüstungen modernisiert.

Die Jahreskapazität beläuft sich auf 1,6 Millionen Stück Farbbildröhren.

- b) Wie viele Arbeitsplätze sind damit jeweils gegenwärtig verbunden?

Zum 1. Januar 1994 bzw. 31. Dezember 1993 sind der Bundesregierung folgende Beschäftigungszahlen bekannt:

- NILES: 410 Arbeitnehmer,
- ABB-Bergmann-Borsig GmbH: 1 300 Arbeitnehmer,
- SAMSUNG: 800 Arbeitsplätze sind garantiert; der Investor ist lt. Vertrag erstmals im Juni 1994 verpflichtet, über die Beschäftigtenzahl für 1993 zu berichten.

- c) Wie viele Arbeitsplätze waren es jeweils am 1. Januar 1993?

NILES hatte per 1. Januar 1993 insgesamt 489 Beschäftigte (ohne Tochterunternehmen und ohne Azubis).

ABB hatte nach Kenntnis der Bundesregierung zum Stichtag ca. 1 300, SAMSUNG 800 Arbeitsplätze bereitgestellt.

- d) Welche Maßnahmen werden weiter zur Erneuerung als industrielle Kerne vorgesehen?
- e) Bis auf wie viele Arbeitsplätze können diese industriellen Kerne im Maschinenbau und in der Elektronik bis zu welchem Zeitraum erweitert werden?

Bezüglich der ABB-Bergmann-Borsig GmbH ist die Ansiedlung weiterer ABB-Firmen bzw. Firmenvertretungen auf freierwerdenden Flächen der ABB Kraftwerke Berlin GmbH sowie die Vermietung von Flächen an kleine und mittlere Unternehmen vorgesehen. Perspektivisch können ca. 500 Arbeitsplätze durch Ansiedlung von ABB-Unternehmen auf dem Betriebsgelände der ABB Kraftwerke Berlin GmbH entstehen.

Zur weiteren Erhöhung der Effektivität der Produktion und zur Herstellung anderer moderner Farbbildröhrentypen und Monitore plant SAMSUNG im Zeitraum 1994 bis 1997 Investitionen in Höhe von 169 Mio. DM.

Damit geht folgende Arbeitsplatzentwicklung bei SAMSUNG einher:

1994	835
1995	940
1996	1 190
1997	1 380.

Weiterhin wird auf die nachfolgenden Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in der Region Berlin-Ost verwiesen, aus denen die Anzahl der geförderten Vorhaben zur Schaffung von Arbeitsplätzen hervorgehen:

	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	1 304	4 775	949	67 629
2. Wirtschaftsnaher Infrastruktur	91	1 030	886	

7. Chemische und Mineralölindustrie

a) Wie ist der gegenwärtige Stand der Sicherung industrieller Kerne der Leuna-Werke AG, Minol Mineralölhandel AG, Addinol Mineralöl GmbH, Lützkendorf?

Welcher monatliche Produktionsumfang wurde jeweils erreicht?

Leuna-Werke AG

Bei der Leuna-Werke AG bemüht sich die Treuhandanstalt durch Geschäftsfeldstrategien und Teilprivatisierungen sanierungsfähige Teile des Unternehmens zu erhalten.

Am 1. Januar 1993 waren 7 860 Mitarbeiter beschäftigt, zum 31. Dezember 1993 sind es 5 900 Mitarbeiter. Die Liquidität des Unternehmens wurde auch im Jahre 1994 durch die Treuhandanstalt gesichert. Außerdem wurden Bürgschaften in dreistelliger Millionenhöhe für Investitionen herausgelegt. Bei erfolgreicher Umsetzung des Konzeptes werden am Standort Leuna ca. 10 500 Arbeitsplätze und 6,9 Mrd. DM Investitionen gesichert sein. Noch in diesem Jahr soll mit dem Bau der Großraffinerie in Leuna begonnen werden.

Die Minol Mineralölhandel AG wurde im Juli 1992 an Elf Aquitaine verkauft. Seitdem wird das Tankstellennetz weiter modernisiert. Vorgesehen ist ein Investitionsvolumen von etwa 1,4 Mrd. DM. ELF/Minol ist als Handelsunternehmen flächendeckend in den neuen Bundesländern vertreten und strebt hier längerfristig einen Marktanteil von ca. 25 % an.

Addinol Mineralöl GmbH

Addinol war vom Leitungsausschuß als nicht sanierungsfähig bewertet worden. Die Treuhandanstalt hatte deshalb im Februar 1993 die stille Liquidation des Unternehmens beschlossen.

Der Versuch einer Privatisierung aus der Abwicklung heraus schien im Juli 1993 gelungen zu sein. Der Privatisierungsvertrag war unterzeichnet. Die Umsetzung scheiterte aber daran, daß der russische Erwerber, der seine Finanzierung durch Rohöllieferungen sicherstel-

len wollte, keine Exportgenehmigungen von der russischen Zentralregierung erhielt. Obwohl auch die Bundesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei der russischen Regierung auf die Vergabe der Exportlizenzen gedrängt hat, wurden bis heute diese Genehmigungen nicht erteilt.

Inzwischen wird aber über alternative Privatisierungsmöglichkeiten mit mehreren Interessenten verhandelt. Außerdem unterstützt die Treuhandanstalt das Unternehmen bei der Erschließung neuer Marktpotentiale.

b) Wie viele Arbeitsplätze sind damit jeweils gegenwärtig verbunden?

Die vier Unternehmen der Großchemie beschäftigten zum 1. Januar 1994 insgesamt 14 486 Mitarbeiter. Davon entfielen auf die Leuna-Werke 5 900. Bei der ELF/Minol sind 1 550 Arbeitnehmer beschäftigt (Stichtag 1. Januar 1994). Bei der Addinol Mineralöl GmbH 659 (1. Januar 1994).

c) Wie viele Arbeitsplätze waren es jeweils am 1. Januar 1993?

Am 1. Januar 1993 waren bei den Leuna-Werken 7 860 Mitarbeiter beschäftigt und bei der Addinol Mineralöl GmbH 886. Die Zahl der bei der Minol Mineralölhandel AG am 1. Januar 1993 Beschäftigten betrug 4 850 Mitarbeiter.

d) Welche Maßnahmen werden zur Erneuerung dieser industriellen Kerne weiter vorgesehen?

Hierzu wird auf die nachfolgenden Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 für das Chemiedreieck verwiesen, aus denen die Anzahl der geförderten Vorhaben zur Schaffung von Arbeitsplätzen hervorgehen:

	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	479	8 531,8	1 476,3	39 364
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	65	334,0	212,7	

- e) Bis auf wie viele Arbeitsplätze können diese industriellen Kerne in der chemischen und Mineralölindustrie bis zu welchem Zeitraum erweitert werden?

Die künftige Arbeitsplatzentwicklung wird weitgehend von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung in der deutschen Chemie abhängen und kann nicht exakt vorausgerechnet werden. Schätzungen der Treuhandanstalt gehen davon aus, daß es bis ca. 1998 gelingen könnte, die z. Z. im Bereich der Großchemie vorhandenen ca. 14 500 Arbeitsplätze auf ca. 20 000 zu steigern. Für den Standort Leuna (5 900 Arbeitsplätze zum 1. Januar 1994) würde dies auf der Basis bereits zugesagter Vorhaben (8 529 Arbeitsplätze) sowie von Vorhaben in Verhandlung (2 015 Arbeitsplätze) einen Anstieg auf 10 544 Arbeitsplätze bedeuten.

Bei der Minol Mineralölhandel AG hat sich der Erwerber ELF für 1994 zur Schaffung bzw. Erhaltung von 1 150 Arbeitsplätzen (1996 = 1 300) verpflichtet; z. Z. sind 1 550 Arbeitnehmer beschäftigt. Bei der Addinol Mineralöl GmbH muß die endgültige Privatisierung zunächst abgewartet werden.

B. Erneuerung industrieller Kerne, deren Sanierung nach der Konzeption der Bundesregierung im Juni 1993 noch andauerte

1. Welche Fortschritte wurden jeweils bei der Erneuerung industrieller Kerne erzielt, deren Sanierung nach der Konzeption der Bundesregierung noch andauerte:
  - für die Stahlindustrie:  
EKO Stahl AG, Eisenhüttenstadt;
  - für die Nichteisen-Metallurgie:  
Mansfeld AG, Eisleben;
  - für den Werkzeugmaschinenbau:  
Heckert-Chemnitzer Werkzeugmaschinenbau GmbH, Chemnitz; Werkzeugmaschinenfabrik Zerbst GmbH, Zerbst;
  - für den Textilmaschinenbau:  
Kändler Maschinenbau GmbH (Wirkbau-Textilmaschinenbau-GmbH, Chemnitz; Wirk- und Spezialnähmaschinenbau GmbH, Limbach-Oberfrohna);
  - für den Bereich Fahrzeugbau:  
Deutsche Waggonbau AG, Berlin;
  - für den Bereich Schwermaschinen- und Anlagenbau:  
SKET Maschinen- und Anlagenbau AG, Magdeburg;
  - für die Braunkohle:
  - für die Großchemie:  
Standorte Bitterfeld-Wolfen, Böhlen, Buna, Leuna?

a) EKO-Stahl AG

In Zusammenhang mit den Privatisierungsverhandlungen wurde für die EKO-Stahl AG ein Unternehmenskonzept ausgearbeitet, das die Modernisierung der vorhandenen Produktionsanlagen des Stahl- und Kaltwalzwerkes vorsieht. Außerdem soll die bisher bestehende technologische Lücke zwischen Stahl- und Kaltwalzwerk geschlossen werden, indem ein Warmbreitbandwalzwerk errichtet und damit die Eigenversor-

gung des Kaltwalzwerkes mit Warmbreitband langfristig gesichert wird.

Das Sanierungs- und Modernisierungskonzept sieht Investitionen von insgesamt 1,1 Mrd. DM vor, die im Zeitraum bis 1996 durchgeführt werden sollen. Das Unternehmenskonzept und die erforderlichen öffentlichen Unterstützungsleistungen wurden durch den EU-Ministerrat genehmigt.

Die EKO-Stahl AG sollte mit Beschluß des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt vom 18. März 1994 an die italienische Riva-Gruppe veräußert werden. Für alle Beteiligten überraschend trat die Riva-Gruppe am 13. Mai 1994 vom Kaufvertrag zurück.

Die Treuhandanstalt und die Bundesregierung halten jedoch an dem Ziel fest, die EKO-Stahl AG schnell zu privatisieren und das Modernisierungskonzept zu verwirklichen. Daher werden in Kürze mit allen Übernahminteressenten Gespräche geführt.

b) Mansfeld AG, Lutherstadt Eisleben

Die Mansfeld AG war die Holdinggesellschaft für die Kupfer- und Aluminiumgesellschaften des Mansfeld-Konzernes, der zwischenzeitlich in die MKM Mansfelder Kupfer- und Messing GmbH umgewandelt wurde.

Der Kupferbereich besteht heute aus dem Walzwerk in Hettstedt mit 1 800 Mitarbeitern und wurde vom Leitungsausschuß in der Treuhandanstalt im September 1993 als sanierungsfähig eingestuft. Für Investitionen wurde die Freigabe von 160 Mio. DM empfohlen. Zur Zeit finden Privatisierungsgespräche mit mehreren Interessenten statt, so daß voraussichtlich noch in der ersten Jahreshälfte 1994 mit einer Privatisierung zu rechnen ist.

Der Aluminiumbereich bestand aus den Standorten Nachterstedt, Merseburg und Rackwitz. Die Betriebe in Merseburg und Rackwitz wurden an die Metallwerke Gottschol GmbH veräußert. Das Unternehmenskonzept sieht die Modernisierung der Unternehmen mit geplanten Investitionen von 160 Mio. DM und die Sicherung von 500 Arbeitsplätzen vor.

c) Werkzeugmaschinenbau:

- Heckert-Chemnitzer Werkzeugmaschinenbau GmbH

Angesichts hart umkämpfter Westmärkte und des Wegbrechens der Ostmärkte gestalteten sich anfangs sowohl die wirtschaftliche Situation von Heckert als auch die Suche nach einem geeigneten Investor äußerst schwierig. Um den Standort Chemnitz für Investoren attraktiver zu machen, ermöglichte die Treuhandanstalt im Frühsommer 1993 Heckert den Zukauf von zukunftssträchtiger Technologie der „Hochgeschwindigkeitsbearbeitung“. Daneben erfolgte eine Redimensionierung der Fertigung und der Montage, räumliche Konzentration der Produktionskapazitäten, Neu- und Weiterentwicklung der Produkte sowie ein Aufbau eines eigenen Westvertriebes. Insgesamt hat die Treuhandanstalt für die Sanierung und den Erhalt von Heckert erhebliche Mittel ausgegeben.

Im Frühherbst 1993 wurde mit der Traub AG ein Privatisierungspartner mit einem vielversprechenden Konzept gefunden. Die Zusagen der Traub AG betreffen insbesondere eine Verlagerung von Produktion von West nach Ost, die Öffnung des Traub-Vertriebsnetzes für Heckert, Technologietransfer und Investitionen in Höhe von ca. 60 Mio. DM.

– Werkzeugmaschinenfabrik Zerbst GmbH

Die Treuhandanstalt hat die Werkzeugmaschinenfabrik Zerbst (WMF) als grundsätzlich sanierungsfähig eingestuft. Sie hat das Unternehmen in der schwierigen Umstrukturierungsphase, die durch die Halbierung der Umsätze in der Zeit von 1991 bis 1993 und eine Anpassung der Beschäftigtenzahl an die Umsatzentwicklung gekennzeichnet war, mit erheblichen Mittelaufwendungen finanziell begleitet.

Die Treuhandanstalt verhandelt derzeit mit zwei westdeutschen Übernahmeinteressenten. Des weiteren finden Verhandlungen mit einem anderen westdeutschen Unternehmen über einen Kooperationsvertrag statt. Mit dem Abschluß der Privatisierung wird voraussichtlich noch im ersten Halbjahr 1994 gerechnet.

d) Textilmaschinenbau

– Kändler Maschinenbau GmbH

Die Treuhandanstalt hat Ende 1992 beschlossen, die beiden Firmen „Wirkbau Textilmaschinen GmbH, Chemnitz und Wirk- und Spezialnähmaschinenbau GmbH, Limbach/Oberfrohna“, die jede für sich wegen der veralteten Betriebssubstanz als nicht mehr sanierungsfähig galten, am Standort Kändler zusammenzuführen. Dazu wurde im Januar 1993 die Kändler Maschinenbau GmbH gegründet, die am 1. Januar 1994 ihre operative Tätigkeit aufnahm. Zusätzlich in das Produktionsprogramm aufgenommen wird ein im Treuhandanstalt-Besitz verbliebener Produktionsteil (Rundwebstuhl) der ansonsten privatisierten „Strickmaschinenbau GmbH, Chemnitz“.

Für die Erweiterung und Modernisierung der neuen Produktionsbasis hat die Treuhandanstalt umfangreiche Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Daneben wird der Aufbau und die Entwicklung des Unternehmens von der Treuhandanstalt direkt vor Ort unter Einbeziehung externer Berater kontinuierlich unterstützt.

Aufgrund der erfolgreich vollzogenen Modernisierung ihres Produktionsprogramms rechnet das Unternehmen in den nächsten Jahren mit beträchtlichen Umsatzsteigerungen, so daß gute Chancen bestehen, mittelfristig das Personal wieder aufstocken zu können.

Gegenwärtig wird mit mehreren Interessenten intensiv über eine Privatisierung des Unternehmens verhandelt. Alternativ ist die Einbringung in eine Management KG vorgesehen.

e) Deutsche Waggonbau

Die Deutsche Waggonbau AG (DWA) gilt insgesamt als sanierungsfähig und sanierungswürdig. Hauptpro-

blem des Unternehmens ist die nach wie vor starke Abhängigkeit von den GUS-Märkten.

Seit 1991 gewährte die Bundesregierung für die umfangreichen Exportgeschäfte der DWA in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) Hermes-Bürgschaften in Höhe von mehr als 4,1 Mrd. DM. Auch in 1994 ist vorgesehen, der DWA in angemessenem Umfang Hermes-Bürgschaften zu gewähren. Hierdurch wurde nicht nur die Aufrechterhaltung und Weiterführung der traditionellen Lieferbeziehungen mit Rußland und den anderen GUS-Ländern ermöglicht. Der DWA wurde damit vor allem Zeit gegeben, sich auf andere Märkte umzustellen. Umfangreiche Aufträge der Deutschen Bahnen und Akquisitionserfolge in Drittländern wie Ungarn und China ermöglichen der DWA eine Reduzierung der GUS-Marktabhängigkeit von ursprünglich 100 % auf derzeit ca. 50 %. Eine weitere Verminderung auf ca. 30 % ist bis 1996 angestrebt.

Die Treuhandanstalt führt derzeit wegen der Privatisierung der DWA mit mehreren Interessenten intensive Verhandlungen. Ziel ist die Privatisierung der DWA bis Ende 1994.

f) SKET

Zur Beschleunigung des Sanierungsprozesses wurde der Konzernverbund entflochten und auf die Kernbereiche Schwermaschinenbau Magdeburg GmbH (SMM) und Drahtziehmaschinenwerk Grüna GmbH (DZM) mit den Geschäftsfeldern Walzwerkstechnik, Kabel- und Verseilmaschinen sowie Drahtziehmaschinen konzentriert. Die bisherigen vier Tochterunternehmen wurden direkt auf die THA übertragen.

Darüber hinaus wurde im Kernbereich der SKET eine räumliche Konzentration der Fertigung auf dem sogenannten Südgelände sowie eine Modernisierung der Fertigungsanlagen eingeleitet. Für zwei ehemalige SKET-Unternehmen, die „Stahl und Apparatebau GmbH, Genthin (STAG)“ und „Zementanlagen- und Maschinenbau GmbH, (ZAB) Dessau“ konnten nach der Konzernentflechtung renommierte und technologisch versierte Übernahmepartner gefunden werden, die den Unternehmen durch Zuführung von Aufträgen bzw. Management- und Technologie-Know-how eine Zukunftsperspektive geben.

Auch über die Privatisierung der SMM, die DZM und die „Entstaubungstechnik Magdeburg GmbH“ (ETM) wird intensiv mit Investoren verhandelt.

g) Braunkohle

Die Ziele der Bundesregierung zur Umstrukturierung der ostdeutschen Braunkohle sind im energiepolitischen Gesamtkonzept vom Dezember 1991 (BT-Drucksache 12/1799) dargestellt.

Danach gilt: Konzentration auf die leistungsfähigen Großtagebaue, konsequente Rationalisierung und Einführung moderner Umweltechnik. Der Einsatz der Braunkohle erfolgt vorrangig in der Verstromung. Hier leistet sie einen wichtigen, wettbewerbsfähigen und subventionsfreien Beitrag zur Energieversorgung Deutschlands.

Mit der erfolgten Privatisierung der MIBRAG ist ein entscheidendes Etappenziel erreicht worden. Damit bleiben die Tagebaue Profen und Schleenhain, die Brikettfabriken Phönix und Deuben sowie drei Industriekraftwerke unter privatwirtschaftlicher Leitung langfristig bestehen. Der Tagebau Zwenkau wird bis zu seiner Auskohlung im Jahre 1999 an den neuen Eigentümer der MIBRAG mbH verpachtet.

Die Verhandlungen der Treuhandanstalt mit Rheinbraun zur Privatisierung der LAUBAG werden mit Nachdruck vorangetrieben. Ziel ist die Privatisierung bis Mitte dieses Jahres. In Verbindung mit der Errichtung bzw. Nachrüstung der Kraftwerke Schwarze Pumpe, Boxberg und Jänschwalde wird der langfristige Betrieb von fünf Tagebauen sowie die Fortführung der Braunkohleveredelungsanlagen in Schwarze Pumpe angestrebt.

Einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leistet die Sanierung der Braunkohleindustrie und der Tagebaue verbunden mit einer Rekultivierung devastierter Flächen sowie der Wiederherstellung eines ausgeglichenen, sich weitgehend selbst regulierenden Wasserhaushaltes.

#### h) Großchemie

Für die Standorte der Großchemie Leuna, Buna, Bitterfeld und Böhlen wurde seitens der Treuhandanstalt das Konzept zur Restrukturierung der Großchemie entwickelt:

- Teilprivatisierungsstrategie an den Standorten Leuna und Bitterfeld,
- Sanierung und Privatisierung der Unternehmen Buna und SOW nach dem integrierten Polyolefin-konzept.

Insgesamt werden bei erfolgreicher Umsetzung des Konzeptes an den vier Standorten durch private Investoren und Maßnahmen der Treuhandanstalt Investitionen in Höhe von insgesamt ca. 15,4 Mrd. DM realisiert werden.

Die vier Unternehmen der Großchemie beschäftigen zum 1. Januar 1994 insgesamt 14 486 Mitarbeiter:

– Leuna Werke	5 900
– Buna	4 700
– Bitterfeld	2 686
– Böhlen	1 200

Bei erfolgreicher Umsetzung des Restrukturierungskonzeptes können an den Standorten der Großchemie langfristig (1998) ca. 20 000 Arbeitsplätze gesichert werden.

Einen bedeutsamen Beitrag bildet die Altlastensanierung, insbesondere durch Beräumung von Freilagern, Demontage und Verschrottung von Anlagen, Entsorgung von Abfällen, Untersuchung von Verunreinigungen mit gefährlichen Stoffen.

2. Wie viele Arbeitsplätze sind in welchen Regionen damit gegenwärtig jeweils verbunden?

#### a) EKO

Der Vertrag mit der Riva-Gruppe sah die Übernahme von 2 300 Beschäftigten vor. Ab 1997 sollten mindestens 1 700 Arbeitsplätze garantiert werden. Dies wird eine Orientierungsgröße für zukünftige Investoren sein.

#### b) Mansfeld AG

Die Gottschol Metallwerke garantieren für die Standorte Rackwitz und Merseburg 500 Arbeitsplätze. In Nachterstedt und Hettstedt sind z. Z. noch ca. 2 300 Arbeitnehmer beschäftigt.

#### c) Werkzeugmaschinenbau

Zur Zeit sind rund 500 Mitarbeiter bei Heckert-Chemnitzer Werkzeugmaschinenbau GmbH, Chemnitz, und rund 150 Mitarbeiter bei der Verwaltungsgesellschaft. Mittelfristig ist ein Wiederanstieg der Beschäftigtenzahl auf ca. 800 Arbeitnehmer geplant.

Per 31. Dezember 1993 waren 278 Arbeitnehmer im Unternehmen Werkzeugmaschinenfabrik Zerbst GmbH tätig.

#### d) Textilmaschinenbau

Derzeit arbeiten ungefähr 200 Mitarbeiter bei der Kändler Maschinenbau GmbH.

#### e) Deutsche Waggonbau AG

Derzeit ca. 7 500 Arbeitsplätze mit Schwerpunkten in Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Hinzu kommen ca. 20 000 Arbeitsplätze in Zulieferbetrieben.

#### f) SKET

Zur Zeit sind in den noch nicht privatisierten Unternehmen rund 3 200 Mitarbeiter tätig. Die Erwerber der STAG und ZAB haben 420 Arbeitsplätze garantiert.

#### g) Braunkohle

Zur Zeit sind im aktiven Braunkohlebereich 35 600 Mitarbeiter tätig (Stand 1. April 1994). Hinzu kommen rund 16 200 Beschäftigte in der Altlastensanierung.

#### h) Großchemie

Die Unternehmen der Großchemie beschäftigen derzeit etwa 14 500 Mitarbeiter.

Im Rahmen der Altlastensanierung wird im Jahre 1994 die Beschäftigung von 15 000 Arbeitnehmern ermöglicht.

3. Bis auf wie viele Arbeitsplätze können die industriellen Kerne jeweils bis zu welchem Zeitraum erweitert werden?

#### Vorbemerkung

Die Planung der zukünftigen Arbeitsplätze unter marktwirtschaftlichen Bedingungen ist nicht möglich. Die Antworten stellen lediglich eine grobe Einschätzung dar.

## a) EKO

Die Umsetzung des Modernisierungskonzeptes der EKO-Stahl AG wird sich voraussichtlich günstig auf die Arbeitsplatzentwicklung bei bereits neu angesiedelten Unternehmen und auf den Zuzug von weiteren Unternehmen auswirken.

## b) Mansfeld

Ein Anstieg der Beschäftigung ist in den jeweiligen Betriebsstätten nach jetziger Kenntnis nicht zu erwarten.

## c) Werkzeugmaschinenbau

Das Erwerbskonzept der Traub AG sieht bis 1997 – eine entsprechende Umsatzentwicklung vorausgesetzt – einen Wiederanstieg der Beschäftigten bei Heckert auf 800 Mitarbeiter vor.

Ein Anstieg der Beschäftigung ist bei der Werkzeugmaschinenfabrik Zerbst nicht zu erwarten.

## d) Textilmaschinenbau

Kändler plant bis 1996 die Beschäftigung von ca. 280 Mitarbeitern.

## e) Deutsche Waggonbau AG

Die Arbeitsplatzentwicklung wird maßgeblich vom Konzept des Privatisierers abhängen. Nach der gegenwärtigen Konzeption ist auch vor dem Hintergrund bestehender Überkapazitäten im Waggonmarkt ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen derzeit nicht zu erwarten.

## f) SKET

Ein Anstieg der Beschäftigten ist nach heutigen Erkenntnissen nicht zu erwarten.

## g) Braunkohle

Aufgrund des absatzbedingten Rückgangs der Kohleförderung – insbesondere infolge Strukturänderungen im Wärmemarkt und durch notwendige Rationalisierungsmaßnahmen in den Tagebauen – ist nicht mit einer Zunahme der Beschäftigten zu rechnen.

## h) Großchemie

Bei Zugrundelegung der Daten des Restrukturierungskonzeptes können an Standorten der Großchemie langfristig (ca. 1998) 20000 Arbeitsplätze gesichert werden. Diese Entwicklung setzt einen entsprechenden Produktivitätszuwachs im Polyolefinbereich voraus.

4. Für wie viele Betriebe liegen durch die Treuhandanstalt bestätigte und finanziell abgesicherte Sanierungskonzepte vor?

In welcher Form erfolgte die Bestätigung jeweils?

Für welche Betriebe dieser industriellen Kerne wurden durch die Treuhandanstalt Unternehmenskonzepte nicht bestätigt?

Für jedes der in Frage B genannten Unternehmen liegen – soweit sie nicht bereits privatisiert sind – der Treuhandanstalt jeweils Sanierungs-/Unternehmenskonzepte vor. Diese wurden vom zuständigen Leitungsausschuß geprüft und bewertet. Soweit erforderlich, werden die Konzepte fortgeschrieben und sich ändernde Bedingungen laufend angepaßt. Die Bestätigung der Konzepte erfolgt durch den Vorstand der Treuhandanstalt, in großen Einzelfällen aber auch durch den Verwaltungsrat bzw. den Kredit- und Bürgerschaftsausschuß der Bundesregierung.

## C. Weitere Realisierung der Konzeption „Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne“

Im Solidarpakt wurde der Kreditrahmen der Treuhandanstalt für 1993 zur Erneuerung industrieller Kerne um 8 Mrd. DM erhöht.

1. Wieviel wurde davon tatsächlich für die Erneuerung industrieller Kerne zusätzlich ausgegeben?

Nach der Jahresrechnung 1993 hat die Treuhandanstalt gegenüber dem ursprünglichen Jahresplan rund 9,9 Mrd. DM zusätzlich für Maßnahmen im Rahmen des Solidarpaktes ausgegeben. Soweit diese Ausgaben nicht durch die Ermächtigung zur Aufnahme zusätzlicher Kredite abgedeckt werden konnten (8 Mrd. DM), wurden die erforderlichen Mittel durch Einsparungen erwirtschaftet.

Diese Umschichtung erfolgte jedoch nicht zu Lasten der Sanierungs- und Privatisierungsmittel, sondern hauptsächlich durch Einsparungen bei den Zinsleistungen sowie durch geringere Ausgaben bei den gesetzlichen Leistungen.

2. Für welche Unternehmen wurde die Erhöhung insbesondere wirksam (mehr als 10 Mio. DM)?

Die Erhöhung der Ausgaben wurde insbesondere für Unternehmen der folgenden Branchen wirksam, denen folgende zusätzliche Mittel zugute kommen:

Bergbau	2,1 Mrd. DM
Chemie	1,1 Mrd. DM
Maschinenbau	1,0 Mrd. DM
Stahlerzeugende Industrie	0,8 Mrd. DM
Textilindustrie	0,2 Mrd. DM

3. Welche industriellen Kerne sollen im Ergebnis der Realisierung der Konzeption „Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne“ über die unter A. und B. angeführten industriellen Kerne hinaus erneuert werden?

Welcher monatliche Produktionsumfang wird dabei jeweils erreicht?

Angesichts der raschen Erfüllung des Privatisierungs- und Sanierungsauftrags der Treuhandanstalt stellt sich die Frage der Einbeziehung zusätzlicher Unternehmen in die in den Fragen A und B angesprochenen Maßnahmen nicht mehr.

Die Treuhandanstalt hatte zu Beginn des Jahres 1994 noch 266 Unternehmen im Angebotsbestand, darunter 71 Unternehmen im Bestand der fünf Management KGen. Die Treuhandanstalt geht davon aus, daß alle diese Unternehmen privatisiert und damit zumindest im Kern erhalten werden können. Mit der Privatisierung der meisten verbleibenden Treuhandunternehmen ist noch im Jahre 1994 zu rechnen.

Der monatliche Produktionsumfang wird wegen laufender Veränderungen im Unternehmensbestand nicht getrennt ermittelt.

4. Wie viele Arbeitsplätze sind in welchen Regionen damit gegenwärtig jeweils verbunden?

Die Zahl der Mitarbeiter in den mit Frage 3 angesprochenen Unternehmen beträgt ca. 120 000. Angaben zur regionalen Aufteilung sind nicht verfügbar.

5. Bis auf wie viele Arbeitsplätze können die industriellen Kerne in den jeweiligen Regionen bis zu welchem Zeitraum erweitert werden?

Auf die Antworten zum Frageblock B sowie C Nr. 3 wird hingewiesen. Weitere Angaben sind nicht möglich. Die Arbeitsplatzentwicklung in den verbleibenden Treuhandunternehmen hängt von einer Vielzahl externer Faktoren ab, so daß hierzu – unabhängig von den fehlenden regionalen Angaben – keine zuverlässigen Angaben gemacht werden können.

6. Für wie viele Betriebe liegen durch die Treuhandanstalt bestätigte und finanziell abgesicherte Sanierungskonzepte vor?

In welcher Form erfolgt die Bestätigung jeweils?

Für welche Betriebe dieser industriellen Kerne wurden durch die Treuhandanstalt Unternehmenskonzepte nicht bestätigt?

Aufgrund der zentralen Verantwortung der Unternehmensdirektorate und Niederlassungen/Geschäftsstellen für die ihnen jeweils zugeordneten Unternehmen liegt eine zentrale Übersicht über die bestätigten Sanierungskonzepte nicht vor. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die unter C. 3. dieser Anfrage genannten Unternehmen fast vollständig als sanierungsfähig eingestuft worden sind.

- D. Sachstand der Prüfung der Erneuerung weiterer industrieller Kerne

#### Vorbemerkung

Die Fragen unter D. betreffen Einzelfragen der Regional- und Strukturpolitik, für die nach der Kompetenzzuweisung des Grundgesetzes die Länder und nicht der Bund zuständig sind. Sie können daher seitens der Bundesregierung nur in wenigen Teilbereichen beantwortet werden. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht für Bundeszwecke Produktions- und Beschäftigungszahlen in der örtlichen und regionalen Tiefengliederung, wie sie im Abschnitt D gefragt werden, nicht. Selbst statistische Landesämter können solche Zahlen in der Regel nicht bekanntgeben, weil es sich um Einzelausgaben im Sinne des § 16 des Bundesstatistikgesetzes handelt, die geheimzuhalten sind.

Wenn zu einigen der Fragen nachstehend dennoch Zahlen genannt werden, so handelt es sich dabei nicht um Angaben der amtlichen Statistik.

1. *Werkzeugmaschinenbau in Chemnitz über die Heckert-Chemnitzer Werkzeugmaschinenbau GmbH hinaus*

- Welchen Umfang hat die Produktion von Erzeugnissen des Werkzeugmaschinenbaus in Chemnitz insgesamt?
- Wie viele Beschäftigte sind im Werkzeugmaschinenbau in der Region Chemnitz tätig?
- Wie viele Beschäftigte gibt es in vor- oder nachgelagerten Produktionsstufen?
- Wie viele Beschäftigte sind in mit dem Werkzeugmaschinenbau zusammenhängenden Dienstleistungs- und Forschungsbereichen tätig?
- Welche Branchen stellen eine Alternative an Arbeitsplätzen zum Werkzeugmaschinenbau in der Region dar?

Die erwünschten detaillierten Angaben zum Werkzeugmaschinenbau des Raumes Chemnitz sind der Bundesregierung nicht bekannt; für das investitionsgüterproduzierende Gewerbe liegen folgende Angaben vor:

Im November 1993 betrug der Gesamtumsatz des investitionsgüterproduzierenden Gewerbes im Bereich Chemnitz-Stadt 148,236 Mio. DM und im Bereich Chemnitz-Land 14,862 Mio. DM. In der Region Chemnitz waren insgesamt 14 100 Personen im investitionsgüterproduzierenden Gewerbe beschäftigt. In vor- und nachgelagerten Produktionsstufen waren ca. 8 000 Personen in der Region Chemnitz tätig.

Alternative Arbeitsplätze in den Bereichen Handel, Handwerk, Dienstleistungen und Bauindustrie stehen in begrenztem Umfang zur Verfügung.

Darüber hinaus wird auf die nachfolgenden Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 verwiesen, aus denen die Anzahl der geförderten Vorhaben zur Schaffung von Arbeitsplätzen hervorgehen:

Region Chemnitz	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	452	1 741,0	273,1	24 156
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	53	231,1	186,2	

2. Produktion für die Automobilerzeugnisse in Zwickau

a) Welchen Umfang hat die Produktion für Automobilerzeugnisse in der Region Zwickau?

Die Automobilproduktion in der Region Zwickau wird durch das Engagement der Volkswagen AG getragen. Die modernisierten bzw. neu errichteten Fertigungsstätten in Zwickau-Mosel umfassen Karosserierohbau, Lackiererei und Fahrzeugendmontage. Für 1994 ist ein neues Preßwerk der Volkswagen Sachsen GmbH im Aufbau.

Seit Mai 1990 wurden 162 000 VW-Golf und 18 000 VW-Polo hergestellt. Im Verlaufe des Jahres 1993 verließen 71 200 VW-Golf die Montagebänder.

b) Wie viele Beschäftigte sind in der Produktion für Automobilerzeugnisse in der Region tätig?

Im Dezember 1993 waren im VW-Werk in Mosel 2 610 Mitarbeiter beschäftigt. Insgesamt liefern 29 Firmen aus den neuen Bundesländern Teile und Komponenten an das VW-Werk.

c) Wie viele Beschäftigte gibt es in vor- oder nachgelagerten Produktionsstufen?

Im Bereich der Regionalkammer Zwickau der IHK Südwestsachsen sind neben dem VW-Werk in Mosel rund 20 weitere Unternehmen der Automobilbranche ansässig. Diese, überwiegend als Teile- und Komponentenhersteller für die Autoindustrie tätigen Firmen, beschäftigten im Dezember 1993 4 340 Mitarbeiter.

Vorgelagerte Produktionsstufen, z.B. Stahlverformung, Ziehereien, NE-Metallherstellung sind für die Region Zwickau untypisch. Nachgelagerte Produktionsstufen gibt es in der Automobilproduktion nicht; mit Fertigstellung des Endproduktes ist der Produktionsprozeß abgeschlossen.

d) Wie viele Beschäftigte sind in den mit der Produktion für Automobilerzeugnisse zusammenhängenden Dienstleistungs- und Forschungsbereichen tätig?

Angaben zum Umfang der Beschäftigung in Dienstleistungs- und Forschungsbereichen im Umfeld der Automobilproduktion liegen der Bundesregierung nicht vor. Selbst wenn die Daten verfügbar wären, dürften sie nur einen geringen Aussagewert haben, denn eine Zuordnung insbesondere von zentralen Forschungsaufgaben zu speziellen Produktionsstandorten ist kaum möglich.

e) Welche Branchen stellen eine Alternative an Arbeitsplätzen zur Produktion für Automobilerzeugnisse in der Region dar?

Alternative Arbeitsplätze in den Bereichen Handel, Handwerk, Dienstleistungen und Bauindustrie stehen in begrenztem Umfang zur Verfügung. Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in der Region Zwickau zeigen die Aktivitäten zur Schaffung von zukunftsorientierten Dauerarbeitsplätzen in der Region auf.

	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	184	6 255,9	1 082,2	16 213
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	40	153,2	112,8	

3. *Stahlindustrie in Freital*

Die Sächsischen Edelstahlwerke GmbH, Freital, wurden zum 1. Januar 1993 privatisiert. Eigentümer ist Rüdiger Winterhager, langjähriger Anteilseigner der Boschgotthardshütte O. Breyer GmbH, Siegen, eines Unternehmens, das hochwertige gewalzte und geschmiedete Edelstahlerzeugnisse herstellt.

Das Sanierungskonzept des Erwerbers sieht für die Sächsische Edle Stahlwerke GmbH Investitionen in Höhe von 250 Mio. DM vor, mit denen die Modernisierung des Stahlwerkes, der Walzwerke und der Schmiedeanlagen sowie der Ausrüstungen zur Weiterverarbeitung von Stabstahl und Draht im Betriebsteil Lugau erreicht werden soll. Nach Abschluß der Investitionen soll die Kapazität des Stahlwerkes 200 000 t und des Walzwerkes 180 000 t betragen. Der Erwerber sieht eine gewisse Produktionsverlagerung von der Boschgotthardshütte in Siegen nach Freital sowie einen Sortimentsaustausch zwischen beiden Unternehmen vor.

- a) Welchen Umfang hat die Stahlproduktion in Freital?

Die Stahlproduktion der Edelstahlwerke Freital erreichte 1991 nur noch 75 000 t und 1992 ca. 50 000 t. Sie betrug 1993 knapp 25 000 t und wurde mit der Privatisierung auf solche hochlegierte Stahlmarken beschränkt, bei denen weitgehend kostendeckende Erlöse erreichbar waren.

- b) Wie viele Beschäftigte sind in der Stahlproduktion tätig?

Im Kaufvertrag über die Sächsische Edelstahlwerke hat sich der Erwerber zum Erhalt von 1 110 Dauerarbeitsplätzen verpflichtet.

- c) Wie viele Beschäftigte gibt es in vor- oder nachgelagerten Produktionsstufen?

Für die Stahlproduktion in Freital gibt es keine unmittelbar vorgelagerte Produktionsstufe. Der nachgelagerte Bereich, die Weiterverarbeitung von Walzstahl zu gezogenem Draht und Blankstahl, wird hauptsächlich im Betriebsteil Lugau vorgenommen, dessen Beschäftigtenzahl in den genannten 1 110 Dauerarbeitsplätzen bereits enthalten ist.

- d) Wie viele Beschäftigte sind in den mit der Stahlproduktion zusammenhängenden Dienstleistungs- und Forschungsbereichen tätig?

Durch Ausgliederung und Verselbständigung von ehemals zu den Sächsischen Edelstahlwerken gehörenden Abteilungen und Bereichen, vorwiegend für Instandhaltungs-, Transport- und sonstige Dienstleistungsaufgaben, wurden nach Kenntnis der Bundesregierung weitere 1 000 Arbeitsplätze gesichert.

- e) Welche Branchen stellen eine Alternative an Arbeitsplätzen zur Stahlproduktion in der Region dar?

Alternative Arbeitsplätze stehen in begrenztem Umfang in den Bereichen Handel und Dienstleistungen und in der Bauindustrie zur Verfügung. Für die regionale Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in der Region Dresden (Freital) wurden unter A. 4. d) entsprechende Angaben gemacht.

Eine branchenbezogene Auswertung für die Region liegt nicht vor.

4. *Maschinenbau in Magdeburg über die SKET Maschinen- und Anlagenbau AG hinaus*

- a) Welchen Umfang hat die Produktion von Erzeugnissen des Maschinenbaus in Magdeburg?  
 b) Wie viele Beschäftigte sind im Maschinenbau in der Region tätig?  
 c) Wie viele Beschäftigte gibt es in vor- oder nachgelagerten Produktionsstufen?  
 d) Wie viele Beschäftigte sind in mit dem Maschinenbau zusammenhängenden Dienstleistungs- und Forschungsbereichen tätig?

Die Bundesregierung sieht sich derzeit nicht in der Lage, entsprechende Daten zur Verfügung zu stellen (siehe Vorbemerkung zum Fragenblock D).

- e) Welche Branchen stellen eine Alternative an Arbeitsplätzen zum Maschinenbau in der Region dar?

Neben den Bereichen Handel und Dienstleistungen wurden im verarbeitenden Gewerbe mit Mitteln der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in der Stadt Magdeburg Vorhaben zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen gefördert.

	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	114	629,7	140,3	6 378
2. Wirtschaftsnaher Infrastruktur	7	60,6	47,3	

Eine branchenspezifische Auswertung für die Region liegt nicht vor.

5. *Maschinenbau in Halle*

- a) Welchen Umfang hat die Produktion von Erzeugnissen des Maschinenbaus in Halle?
- b) Wie viele Beschäftigte sind im Maschinenbau in der Region tätig?
- c) Wie viele Beschäftigte gibt es in vor- oder nachgelagerten Produktionsstufen?
- d) Wie viele Beschäftigte sind in mit dem Maschinenbau zusammenhängenden Dienstleistungs- und Forschungsbereichen tätig?

Die Bundesregierung sieht sich derzeit nicht in der Lage, entsprechende Daten zur Verfügung zu stellen (siehe Vorbemerkung zum Fragenblock D).

- e) Welche Branchen stellen eine Alternative an Arbeitsplätzen zum Maschinenbau in der Region dar?

Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in der Stadt Halle zeigen die Entwicklung von neuen Dauerarbeitsplätzen in der Region auf:

	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	175	888,4	185,9	18 387
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	12	31,4	24,2	

Eine branchenbezogene Auswertung für die Region liegt nicht vor.

6. *Waggonbau in Dessau, Ammendorf, Niesky, Bautzen und Görlitz*

- a) Welchen Umfang hat die Erzeugung von Waggonen in Dessau, Ammendorf, Niesky, Bautzen und Görlitz?

Im Jahre 1993 wurden an den Waggonbaustandorten Dessau, Ammendorf, Niesky, Bautzen und Görlitz Erzeugnisse im Wert von ca. 1,6 Mrd. DM gefertigt. Das Unternehmenskonzept der DWA sieht für die Jahre 1994 bis 1996 einen jährlichen Umsatz in etwa der gleichen Größenordnung vor.

- b) Wie viele Beschäftigte sind bei der Herstellung der Waggonen an den jeweiligen Standorten tätig?

Die Mitarbeiterzahl an den einzelnen Waggonbaustandorten stellt sich per 1. Januar 1994 wie folgt dar:

Standorte	Mitarbeiter
Ammendorf	2 000
Görlitz	1 700

Bautzen	1 000
Dessau	1 000
Niesky	700

- c) Wie viele Beschäftigte gibt es jeweils in vor- oder nachgelagerten Produktionsstufen?

Im Verbund der Deutschen Waggonbau AG sind neben den vorgenannten Finalbetrieben in den Zulieferbetrieben

- Fahrzeugausrüstung Berlin GmbH,
- Waggonrüstungen Vetschau GmbH,
- Achslagerwerk Staßfurt GmbH,
- dem Institut für Schienenfahrzeugbau Berlin GmbH

und der Konzernleitung in Berlin weitere ca. 1000 Mitarbeiter beschäftigt. Außerhalb der DWA-Gruppe sind viele Zulieferbetriebe, die zu ca. 80 % in den neuen Bundesländern liegen, für die DWA tätig. Es wird seitens der DWA geschätzt, daß weitere ca. 20 000 Arbeitskräfte direkt vom Waggonbau abhängig sind.

- d) Wie viele Beschäftigte sind in mit dem Waggonbau zusammenhängenden Dienstleistungs- und Forschungsbereichen tätig?

Die DWA wird im Jahre 1994 ca. 600 Mitarbeiter im Forschungs- und Entwicklungsbereich beschäftigen. Eine konkrete Aussage zur Beschäftigtenzahl im Dienstleistungsbereich ist nicht möglich.

- e) In welchem Umfang steht eine Absatzförderung durch die Bundesregierung in Nachfolgestaaten der Sowjetunion zur Verfügung?

Die Bundesregierung hat in den Jahren 1991 bis 1993 für Waggonlieferungen in die GUS über 4,1 Mrd. DM Hermes-Bürgschaften für Lieferkredite ausgereicht. Auch in 1994 wird die DWA voraussichtlich weitere Hermes-Bürgschaften in erheblichem Umfang erhalten, über die jedoch noch nicht abschließend entschieden sind.

7. *Herstellung von Landmaschinen*

- a) Welchen Umfang hat die Erzeugung von Landmaschinen in Leipzig, Weimar, Singwitz, Schönebeck, Neustadt (Sachsen), El-

sterwerda, Wutha sowie an weiteren Standorten?

Der Umfang der Erzeugung von Landmaschinen beträgt für das Jahr 1993 in den o. g. Betrieben ca. 400 Mio. DM.

b) Wie viele Beschäftigte sind bei der Herstellung von Landmaschinen an den jeweiligen Standorten tätig?

Die jeweiligen Unternehmen wiesen zum 31. Dezember 1993 folgende Beschäftigtenzahlen aus:

Unternehmen	Mitarbeiter
BBG Leipzig GmbH	130
Weimar Werk GmbH	170
Mähdrescherwerk Singwitz i. L.	570
Landtechnik Schlüter GmbH	430
Fortschritt Erntemaschinen Neustadt GmbH	690
Impulsa AG Elsterwerda	250
Petkus Wutha GmbH	260

c) Wie viele Beschäftigte gibt es jeweils in vor- oder nachgelagerten Produktionsstufen?

Die Zahl der in vorgelagerten Produktionsstufen Beschäftigten ist nicht bekannt. In nachgelagerten Stufen sind mit Ausnahme von Landmaschinenhändlern sowie Reparatur- und Servicebetrieben keine Arbeitskräfte tätig, da Landmaschinen Finalprodukte sind.

d) Wie viele Beschäftigte sind in mit dem Landmaschinenbau zusammenhängenden

Dienstleistungs- und Forschungsbereichen tätig?

Über die Zahl der Mitarbeiter, die in den mit dem Landmaschinenbau zusammenhängenden Dienstleistungs- und Forschungsbereichen tätig sind, kann keine Aussage gemacht werden.

e) In welchem Umfang steht eine Absatzförderung durch die Bundesregierung in Nachfolgestaaten der Sowjetunion zur Verfügung?

Der gesamte Umsatz mit der GUS erfolgte fast ausschließlich auf Basis von Hermes-gedeckten Krediten. Seit 1991 stellte die Bundesregierung für die Unternehmen des Landmaschinenbaus Hermes-Bürgschaften in Höhe von ca. 1,3 Mrd. DM zur Verfügung. Auch in 1994 werden die Unternehmen des Landmaschinenbaus angemessen an der Vergabe von Hermes-Bürgschaften beteiligt werden.

f) Welche Branchen stellen an den jeweiligen Standorten eine Alternative an Arbeitsplätzen zum Landmaschinenbau dar?

Alternativen zu Arbeitsplätzen im Landmaschinenbau gibt es insbesondere in anderen Maschinenbauunternehmen, aber auch in anderen Wirtschaftsbereichen.

Weitere Erkenntnisse zur Entwicklung alternativer Arbeitsplätze ergeben sich aus der Auswertung der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in den Regionen Leipzig, Weimar, Bischofswerda (Singwitz), Schönebeck, Sebnitz (Neustadt), Eisenach (Wutha), Bad Liebenwerda (Elsterwerda):

Region Leipzig:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	478	3 651,6	621,6	28 496
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	116	649,9	422,5	

Region Weimar:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	216	830,3	186,8	5 640
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	17	130,7	72,5	

Landkreis Bischofswerda:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	111	230,4	38,0	3 288
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	51	88,8	72,4	

Landkreis Schömbeck:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	72	480,0	106,5	2 944
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	15	104,8	48,2	

Landkreis Sebnitz:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	76	207,1	40,3	1 925
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	76	104,6	98,5	

Landkreis Bad Liebenwerda:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	85	321,9	59,4	2 701
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	5	37,6	29,2	

Region Eisenach:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	658	3 772	823	28 000
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	48	330	186	

Eine regionalbezogene Auswertung nach Branchen liegt nicht vor.

#### 8. Chemieanlagenbau

- a) Welchen Umfang hat die Produktion von Erzeugnissen des Chemieanlagenbaus in Leipzig und Staßfurt?

In Leipzig und Staßfurt sind im wesentlichen folgende drei größere Firmen im Chemieanlagenbau tätig:

- Ingenieurbetrieb Anlagenbau Leipzig GmbH,
- CAL Apparatebau Leipzig GmbH und
- Chemieanlagenbau Staßfurt AG.

Gesellschafter aller drei Unternehmen ist die H. W. Urban GmbH & Co. Management KG.

Die o. g. Firmen erzielten in 1993 einen Umsatz von ca. 170 Mio. DM.

- b) Wie viele Beschäftigte sind im Chemieanlagenbau in Leipzig und der Region Staßfurt tätig?

Zum Ende des Jahres 1993 waren in den drei Chemieanlagenbauunternehmen ca. 1 400 Mitarbeiter beschäftigt.

Die erwünschten detaillierten regionalen Angaben zum Chemieanlagenbau sind der Bundesregierung nicht bekannt; für das Investitionsgüterproduzierende Gewerbe des Kreises Leipzig-Stadt wurde im November 1993 ein Gesamtumsatz von 96,318 Mio. DM erzielt, im Kreis Leipzig-Land wurde ein Gesamtumsatz von 57,696 Mio. DM erzielt. Es waren im November 1993 rund 17 000 Personen beschäftigt. In den vor- und nachgelagerten Produktionsstufen waren ca. 6 000 Personen tätig.

- c) Wie viele Beschäftigte gibt es in vor- oder nachgelagerten Produktionsstufen?

In vorgelagerten Produktionsstufen des Chemieanlagenbaus (ohne Forschung, siehe unten Buchstabe d) waren in 1993 ca. 900 Personen beschäftigt. Die Beschäftigtenzahl in nachgelagerten Produktionsstufen (vor allem Bau und Montage) konnte nicht ermittelt werden.

- d) Wie viele Beschäftigte sind in mit dem Chemieanlagenbau zusammenhängenden Dienstleistungs- und Forschungsbereichen tätig?

Die genannten Chemieanlagenbauunternehmen verfügen selbst über keinen Forschungsbereich. Die verfahrenstechnische Forschung für den Chemieanlagenbau wird statt dessen in den auftragvergebenden Chemieunternehmen durchgeführt, die die Verfahrensdokumente den Chemieanlagenbauern als Projektierungsgrundlage verkaufen. Die Ermittlung der Zahl der Beschäftigten in den mit dem Chemieanlagenbau zusammenhängenden Forschungsbereichen war aufgrund der oben angesprochenen Dezentralisierung der Forschung nicht möglich.

- e) Welche Branchen stellen eine Alternative an Arbeitsplätzen zum Chemieanlagenbau in den Regionen dar?

Folgende Branchen stellen eine potentielle Alternative an Arbeitsplätzen zum Chemieanlagenbau dar:

- Kraftwerksanlagenbau,
- Anlagenbau für die metallurgische Industrie,
- Anlagenbau für die Lebensmittelindustrie,
- Apparatebau für die Energiewirtschaft, für den Transport, für die Lebensmittelindustrie und für die Umwelttechnik.

Die Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in den Regionen Leipzig und Staßfurt zeigen folgendes Gesamtbild bei der Schaffung bzw. Erhaltung von Dauerarbeitsplätzen:

Landkreis Staßfurt:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	68	379,3	83,2	3 935
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	21	77,1	50,8	

Region Leipzig:	Anzahl der bewilligten Vorhaben	förderfähiges Investitionsvolumen – in Mio. DM –	Zuschuß gesamt – in Mio. DM –	neu geschaffene und gesicherte Dauerarbeitsplätze
1. Gewerbliche Wirtschaft	478	3 651,6	621,6	28 496
2. Wirtschaftsnahe Infrastruktur	116	649,9	422,5	

Eine regionale Auswertung nach Branchen liegt nicht vor.

E. Zusammenarbeit mit den Ländern

1. Die Sicherung welcher industriellen Kerne ist Gegenstand von Vereinbarungen von Treuhandanstalt und
  - a) dem Land Berlin,
  - b) dem Land Brandenburg,
  - c) dem Land Mecklenburg-Vorpommern,
  - d) Sachsen,
  - e) Sachsen-Anhalt,
  - f) Thüringen?
2. In welcher Form liegen die Vereinbarungen jeweils vor?

Die Treuhandanstalt hat mit den neuen Bundesländern in unterschiedlicher Form Regelungen zur Behandlung regional bedeutsamer und sanierungsfähiger Unternehmen abgeschlossen. Die Regelungen sehen vor, daß

- die jeweilige Landesregierung sich bereit erklärt, regional bedeutsame Treuhand-Unternehmen, die sie definiert und der Treuhandanstalt mitteilt, mit ihrem gesamten Förderinstrumentarium zu unterstützen, sofern von der Treuhandanstalt bestätigte Unternehmenskonzepte erkennen lassen, daß die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens erreichbar ist und Dauerarbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen werden,
- die Treuhandanstalt ihrerseits ihre Bereitschaft erklärt, diesen Unternehmen im Rahmen der bestätigten Unternehmenskonzepte die notwendigen unternehmerischen und finanziellen Spielräume einzuräumen.

Zwischen der Treuhandanstalt und dem Freistaat Sachsen sowie dem Land Mecklenburg-Vorpommern liegen diese Regelungen zur Begleitung von regional bedeutsamen und sanierungsfähigen Unternehmen in Form von Briefwechseln zwischen der Präsidentin der Treuhandanstalt und dem jeweiligen Ministerpräsi-

denten vor. Mit dem Land Berlin und dem Land Brandenburg ist die Treuhandanstalt jeweils eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit eingegangen, die im jeweiligen Treuhand-Wirtschaftskabinett beschlossen worden ist. Die Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen streben derzeit keine formellen Vereinbarungen mit der Treuhandanstalt an.

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich vorbehalten, jeden Einzelfall im „Arbeitskreis Industriepolitik“ zu besprechen und plant die Einsetzung eines Expertenteams, das mit der Prüfung beauftragt werden soll, ob bzw. welche Unternehmen als förderungswürdig benannt werden können. Das Land hat im Oktober 1993 eine Liste von 46 sanierungsfähigen, noch nicht privatisierten Betrieben mit über 200 Beschäftigten aufgestellt. Ungeachtet dessen behält sich das Land eine einzelfallbezogene Prüfung der Förderungsfähigkeit und andere Unterstützungsmaßnahmen vor.

Die Thüringer Landesregierung hat ein vom Thüringer Wirtschaftsminister vorgelegtes Rahmenkonzept zur „Entwicklung industrieller Zentren“ zustimmend zur Kenntnis genommen. Im Rahmen des „Thüringer Wirtschaftsgipfels“ hat Thüringen sich auf einen Kreis von 29 Unternehmen verständigt, die als strukturbestimmend und damit „regional bedeutsam“ für die Entwicklung industrieller Zentren eingestuft werden. Thüringen bevorzugt eine firmenbezogene Einzelabstimmung mit der Treuhandanstalt zur Frage der Sanierungsfähigkeit. Das Land ist grundsätzlich bereit, für sanierungsfähige Treuhand-Unternehmen, die als „regional bedeutsam“ eingestuft werden, unter bestimmten Voraussetzungen öffentliche Finanzierungshilfen bereitzustellen.

Die von den Ländern in ihrer eigenen regional- und strukturpolitischen Verantwortung benannten Unternehmen sind der Bundesregierung nicht im einzelnen bekannt. Nach einer Auswertung der Treuhandanstalt gliedern sich diese Unternehmen nach ihrem Status wie folgt auf:

L a n d

Stand Dezember 1993	Sachsen	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Berlin	Thüringen
Gesamt benannt	199	53 (davon 6 Unternehmen nicht zuordbar)	31	9	29
– davon privatisiert, kommunalisiert oder reprivatisiert	111	14	14	6	16
– davon in Liquidation oder liquidiert	25	3	3	–	3
– davon sanierungsfähig	43	28	14	3	10
– davon Sanierungsfähigkeit in Prüfung	20	2	–	–	–

Grundsätzlich haben sich einzelne Länder vorbehalten, Nachbenennungen vorzunehmen. Auch hierfür werden die Länder eigenverantwortlich tätig, ohne daß

die Bundesregierung dabei beteiligt ist oder einen Einfluß auf die Entscheidung hat.

- F. Die Konzeption sieht vor: „Die Treuhandanstalt wird verstärkt Maßnahmen ergreifen, um das Vertrauen der Abnehmer in den Bestand sanierungsfähiger Unternehmen zu festigen, z. B. durch Aussagen über die Sicherheit der Vertragserfüllung dieser Unternehmen.“

In welcher Form und für welche Unternehmen wurden entsprechende Maßnahmen ergriffen?

Den Vorständen/Geschäftsführungen der jeweils betroffenen Unternehmen wurde durch die Treuhandanstalt mitgeteilt, ob das Unternehmen nach Prüfung des vorgelegten Unternehmenskonzeptes durch die zuständigen Gremien der Treuhandanstalt als sanierungsfähig eingestuft worden ist. Soweit dies der Bundesregierung bekannt ist, haben die Unternehmensleitungen von dieser Aussage zur Sanierungsfähigkeit gegenüber ihren Vertragspartnern sowie gegenüber den Banken regen Gerauch gemacht.

Auf besonderen Wunsch einzelner Partner – in der Regel für konkret bestimmte Geschäftsvorgänge – hat die Treuhandanstalt auch Bestätigungen in Form sogenannter „Vertragserfüllungssicherheiten“ zugunsten des jeweiligen Unternehmens abgegeben.

- G. Die Konzeption sieht vor: „Die Treuhandanstalt ist bereit, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten Investitionsvorhaben von Treuhand-Unternehmen mit hohem Beschaffungsvolumen in den neuen Bundesländern zu unterstützen und zusätzliche Lieferungen von Treuhand-Unternehmen im Zuge eines beschleunigten Infrastrukturausbaus zu fördern.“

1. Welche Investitionsvorhaben wurden zusätzlich unterstützt?
2. Durch welche Unternehmen erfolgten zusätzliche Lieferungen?

Die Treuhandanstalt war und ist grundsätzlich bemüht, sowohl im Rahmen von Investitionsprogrammen ihr zugeordneter Unternehmen als auch im Zuge von Privatisierungen darauf hinzuwirken, daß bei der Vergabe von Lieferaufträgen in möglichst hohem Maße ostdeutsche Unternehmen berücksichtigt werden. Solche Klauseln zur bevorzugten Berücksichtigung von Ost-Angeboten finden ihre Begrenzung jedoch in der Durchsetzbarkeit bei Verhandlungen sowie in ihrer Vereinbarkeit mit dem Wettbewerbs- bzw. öffentlichen Auftrags- und EG-Recht. Als Beispiel können Investitionen auf dem Gebiet der Großchemie genannt werden:

- Die Atochem und die Oxysynthese haben im Vertrag zur Privatisierung des Leimgeschäftes der Leuna-Werke AG und zum Bau einer Peroxidanlage am Standort Leuna zugesichert, sich um die Vergabe von Aufträgen auch an ostdeutsche Unternehmen zu bemühen.
- Die DOMO-Gruppe wird bei der Investitionsvergabe zur Modernisierung des Caprolactamstranges von Leuna – wettbewerbsfähige Angebote vorausgesetzt – anstreben, 70 % des Volumens an Unternehmen der neuen Bundesländer zu vergeben (z. B. IAB Leipzig 160 Mio. DM).

- Die Buna OHC-Anlage (Gesamtinvestition 180 Mio. DM) wird durch einen Leipziger Anlagenbauer errichtet.

- Das zentrale Buna-Tanklager (31 Mio. DM) wird von einem Dresdner Unternehmen gebaut.

Bei planmäßiger Umsetzung des Großchemiekonzeptes wird von der Treuhandanstalt geschätzt, daß in der dargestellten Weise bei einem investiven Gesamtvolumen von 15,4 Mrd. DM zwischen 5 und 8 Mrd. DM an Firmen der neuen Bundesländer vergeben werden können.

- H. Die Konzeption sieht vor: „Unternehmen aus den neuen Bundesländern werden präferenziell in vorgesehene Vorhaben der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) mit Entwicklungsländern einbezogen; es ist ebenfalls eine stärkere Ausschöpfung und Bevorzugung von Unternehmen aus den neuen Bundesländern bei Hermes-Deckungsmöglichkeiten für Entwicklungsländer vorgesehen.“

1. Welche Unternehmen wurden seit Juni zusätzlich in die finanzielle Zusammenarbeit einbezogen?

In den Abkommen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit einzelnen Entwicklungsländern über Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) wird vereinbart, daß die deutsche Regierung besonderen Wert darauf legt, daß bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrages bzw. Darlehens ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der neuen Bundesländer bevorzugt genutzt werden. Dies wird beim Verfahren der Auftragsvergabe, an dem die KfW mitwirkt, näher geregelt.

Seit Anfang 1991 wurden an Unternehmen in den neuen Bundesländern insgesamt Aufträge im Wert von 320 Mio. DM aus FZ-Mitteln vergeben. Die Aufträge kamen primär den Bereichen chemische Industrie, Elektrotechnik und Maschinenbau zugute. Auch in den letzten Monaten haben sich Unternehmen aus den neuen Bundesländern an Ausschreibungen von FZ-Projekten beteiligt.

2. Wie hoch waren die Hermes-Deckungsmöglichkeiten für die Unternehmen aus den neuen Ländern im Juni 1993?

Wie hoch war der Anteil der Unternehmen aus den neuen Ländern an den Hermes-Deckungsmöglichkeiten insgesamt?

Für die Mehrzahl der Entwicklungsländer hat die Bundesrepublik Deutschland eine offene Deckungspolitik (keine wertmäßige Begrenzung durch Plafonds). Für einige Entwicklungsländer bestehen betragsmäßig begrenzte Plafonds.

Soweit Anträge von Unternehmen der neuen Bundesländer vorgelegen haben, wurden die Entscheidungsspielräume des Interministeriellen Ausschusses für Ausführungsgewährleistungen voll ausgenutzt und die Entscheidungskriterien zugunsten der Antragsteller aus den neuen Bundesländern weit interpretiert.

Für den Export in die GUS-Staaten stand 1993 ein Rahmen von insgesamt 4 Mrd. DM bereit, der grundsätzlich nur für Unternehmen der neuen Bundesländer nutzbar war (Ausnahme: technologisch bedingte Zulieferungen aus den alten Bundesländern bis zu 20 % der Auftragswerte).

3. Wie hoch sind die gegenwärtigen Deckungsmöglichkeiten der Unternehmen aus den neuen Ländern?

Wie hoch ist der Anteil der Unternehmen aus den neuen Ländern an den Hermes-Deckungsmöglichkeiten insgesamt?

Weltweit wurden 1993 Hermes-Deckungen von 30,54 Mrd. DM für deutsche Exporte übernommen, davon für die Unternehmen aus den neuen Bundesländern 8,02 Mrd. DM.

4. Welchen Unternehmen wurden zusätzliche Deckungsmöglichkeiten eingeräumt?
5. Welche Veränderungen ergeben sich aus den Beschlüssen der Konferenz der Wirtschaftsminister der Länder am 7./8. Oktober 1993?

Bei der Vergabe von Hermes-Ausfuhrleistungsgewährleistungen legt die Bundesregierung weder einen jährlichen Gesamt-Deckungsrahmen noch ein bestimmtes Deckungsvolumen zugunsten einzelner Unternehmen fest. Allerdings wird hinsichtlich einiger Länder ein jährlicher Deckungsrahmen – sog. Plafond – bereitgestellt. Nur mit Blick auf die GUS findet seit der deutschen Einheit auf der Basis jährlicher Deckungsrahmen eine überwiegende Konzentration der Deckungsmittel auf Unternehmen aus den neuen Bundesländern statt.

Weltweit wurde aus den neuen Bundesländern 1992 ein Geschäftsvolumen von 10,03 Mrd. DM und 1993 von 8,02 Mrd. DM in Deckung genommen. Damit machte der Anteil aus den neuen Bundesländern 1992 25,6 % und 1993 23,8 % des gesamten in Deckung genommenen Geschäftsvolumens aus.

#### I. Management-KG

Die Management-KGs sind der direkten Einflußnahme der Treuhandanstalt und der Länder entzogen.

Welche Rolle spielen die Management-KGs bei der Erneuerung industrieller Kerne?

Es trifft nicht zu, daß die MKGen „der direkten Einflußnahme der Treuhandanstalt und der Länder entzogen“ sind. Die Konstruktion der MKG sichert der Treuhandanstalt als einzigem Kommanditisten in der GmbH & Co. KG – und damit auch den Ländern über den Verwaltungsrat der Treuhandanstalt – die Wahrnehmung ihrer Budget- und Kontrollverpflichtungen, während sie zugleich die unternehmerische, an privatwirtschaftlichen Grundsätzen orientierte und personengeprägte Führung der Unternehmensgruppe durch Manager ermöglicht, die sonst kaum für die beteiligten

Unternehmen zu gewinnen gewesen wären. Maßgeblichen Einfluß übt die Treuhandanstalt weiterhin über das laufende Beteiligungscontrolling sowie die Mittelbereitstellung im Rahmen der Jahresplanverhandlungen aus.

In die fünf Management-KGen wurden solche Treuhand-Unternehmen aufgenommen, deren grundsätzliche Sanierungsfähigkeit bestätigt worden ist, bei denen jedoch gleichzeitig ein hoher Umstrukturierungsbedarf besteht, so daß keine kurzfristig absehbaren vertretbaren Privatisierungschancen bestanden. Gerade in der intensiven Betreuung und engen Führung der Unternehmen durch eine Management-KG ist der Aspekt der Sanierung, wie er mit der Konzeption industrieller Kerne verfolgt wird, besonders deutlich ausgeprägt.

In den Beteiligungsunternehmen werden dadurch die Chancen für die abschließende Privatisierung erheblich verbessert. Bei den MKGen zeigen sich bereits deutliche Sanierungserfolge.

- J. Die Konzeption der Bundesregierung zur Erneuerung industrieller Kerne sieht weiter vor: „Für eine überschaubare Zahl von sanierungsfähigen Großunternehmen, für die sich noch keine Privatisierung abzeichnet, wird die Treuhandanstalt weiterhin fallbezogene Einzelsanierungslösungen verfolgen.“

1. Welche Großunternehmen sind das?
2. Wie viele Arbeitsplätze sind mit den Großunternehmen jeweils gegenwärtig verbunden?
3. Welche Rolle können die Unternehmen jeweils als industrieller Kern spielen?

Im Unternehmensbestand der Treuhandanstalt befanden sich per 31. Januar 1994 noch neun Großunternehmen mit mehr als 1500 Beschäftigten. Insgesamt betrug die Beschäftigtenzahl in Treuhandanstalt-Unternehmen zum Stichtag 31. Januar 1994 150 000 Arbeitnehmer (= 2,9 % der Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern). Aus jetziger Sicht zeichnen sich für praktisch alle Großunternehmen Privatisierungsperspektiven noch in 1994 ab, so daß diese Unternehmen in ihren wesentlichen Kernbereichen voraussichtlich erhalten werden können.

Zu den größten Unternehmen gehören:

- SKET Schwermaschinenbau Magdeburg,
- DWA-Gruppe,
- Landtechnik Schlüter GmbH,
- Fortschritt Erntemaschinen GmbH,
- Mansfeld,
- Leuna,
- Buna,
- Chemie Bitterfeld,
- Sächsische Olefinwerke.

## K. Beteiligung der Betroffenen

1. In welcher Form wurde die Konzeption der Bundesregierung zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne öffentlich gemacht?
2. Von welchen Belegschaften liegen der Bundesregierung Stellungnahmen zur Konzeption vor?
3. Was sind die Hauptaussagen der jeweiligen Stellungnahmen der Belegschaften?
4. Von welchen Gewerkschaften liegen der Bundesregierung Stellungnahmen zur Konzeption vor?
5. Was sind die Hauptaussagen der jeweiligen Stellungnahmen der Gewerkschaften?
6. Von welchen Kommunen liegen der Bundesregierung Stellungnahmen zur Konzeption vor?
7. Was sind die Hauptaussagen der jeweiligen Stellungnahmen der Kommunen?
8. Von welchen Unternehmerverbänden liegen der Bundesregierung Stellungnahmen zur Konzeption vor?
9. Was sind die Hauptaussagen der jeweiligen Stellungnahmen der Unternehmerverbände?

Das Konzept der Bundesregierung wurde erstmals im Jahreswirtschaftsbericht 1993 öffentlich gemacht (Randnummern 67 bis 71). Innerhalb der Treuhandanstalt und ihrer Gremien, in denen auch die Länder sowie Vertreter der Gewerbeschaffenden und Unternehmer vertreten sind, hat ein intensiver Meinungs- und Gedankenaustausch zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne stattgefunden. Die Ergebnisse sind in die weiteren Überlegungen zur Konzeption der Bundesregierung eingeflossen.

Wie eingangs dargelegt, war der Vorschlag einzelner Unternehmen als Betriebe, die im Rahmen der Maßnahmen zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne eine besondere Flankierung seitens der Treuhandanstalt und der Länder erfahren sollten, Sache der jeweiligen Länder. Diese haben im Vorfeld eines Vorschlags an die Treuhandanstalt unter Berücksichtigung der unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten eigenverantwortlich Abstimmungen mit gesellschaftlich relevanten Gruppen, Gebietskörperschaften usw. durchgeführt. Die Vorgehensweise war dabei sicher von Land zu Land unterschiedlich. Einzelheiten des Abstimmungsmechanismus der jeweiligen Länder sind der Bundesregierung nicht bekannt.

## L. Erkenntnisse der Bundesregierung

1. Mit welchen Ergebnissen wurde die Konzeption im Kabinett beraten?

Das Bundeskabinett hat den Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen.

## 2. Erfahrungen bei der Realisierung

- a) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung bei der Realisierung der Konzeption gesammelt, welche Maßnahmen wurden nicht oder nur teilweise erfüllt?

Die Konzeption und insbesondere die damit verbundene Intensivierung der Zusammenarbeit von Treuhandanstalt und Bundesland haben sich bewährt. Die Treuhandanstalt wird ihr operatives Geschäft zwar bis Ende 1994 beenden, obwohl bis dahin die Arbeit der Management-KGen und Sanierung bzw. Privatisierung des Beteiligungsbesitzes noch nicht abgeschlossen sein werden. Es bleibt den Nachfolgeorganisationen bzw. dem jeweiligen neuen Aufgabenträger [Beteiligungsmanagementgesellschaft (BMG) und Management-KGen(MKG)] vorbehalten, die Sanierungsarbeit auf dieser Basis fortzusetzen. Die Begründung des Gesetzes zur abschließenden Erfüllung der verbleibenden Aufgaben der Treuhandanstalt (Drucksache 12/6910) sieht ausdrücklich vor, daß Verpflichtungen aus dem Solidarpakt zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne auf den neuen Aufgabenträger übergehen.

- b) Welche Veränderungen der Konzeption hält die Bundesregierung unter den gegenwärtigen Bedingungen für notwendig?

Wird es eine überarbeitete oder veränderte Fassung der Konzeption zur Erneuerung industrieller Kerne geben?

Wann und in welcher Form wird eine veränderte Konzeption der Öffentlichkeit und den betroffenen Betriebsräten, Betrieben, Gewerkschaften und Kommunen vorgestellt?

Siehe Beantwortung der Frage zu a).

Im Zuge der weitgehend abgeschlossenen Privatisierung und der laufenden Sanierungsmaßnahmen im aktiv geführten Beteiligungsbesitz der Treuhandanstalt sieht die Bundesregierung keine Veranlassung, auf eine Veränderung der Konzeption zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt hinzuwirken.

- c) Welche Rolle spielt die Erneuerung industrieller Kerne 1994?

Die Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne spielt für die Treuhandanstalt auch 1994 eine wichtige Rolle. Es ist vorgesehen, die Ausgaben für die Hauptaktivitäten gegenüber dem Jahresplan 1993 noch einmal um ca. 7 Mrd. DM auf 34 Mrd. DM\*) zu steigern. In diesen Ausgaben sind auch die im Rahmen der Erhöhung nach § 3 des Gesetzes zur Regelung der Kreditaufnahme durch die Treuhandanstalt vorgesehenen zusätzlichen Mittel für die Ziele aus dem Solidarpakt enthalten.

Wie ist zu erklären, daß im Entwurf des Jahresplans der Treuhandanstalt 1994 die Erneuerung industrieller Kerne nicht erwähnt ist?

\*) Quelle: Finanzplan 1994.

Die Darstellung der Ausgaben im Jahresplan 1994 ist gegenüber dem Jahresplan 1993 geändert worden. Sie erfolgte bisher nach Unternehmensbereichen. Für den Jahresplan 1994 ist dagegen im Hinblick auf die Phase ab 1995 eine funktional gegliederte Ausgabenstruktur vorgesehen. Die Gesamtausgaben für die Aufgabe der Privatisierung und der Beteiligungsbegleitung durch Direktorate, Geschäftsstellen und Management-KGen

bleiben aber trotz der veränderten Darstellung im Hinblick auf die fortdauernde Erfüllung des Solidarpakt-auftrags 1994 gegenüber 1993 in etwa gleich.

Bei einem deutlich verminderten Unternehmensbestand verbleiben damit 1994 eher mehr als weniger Mittel für die Sicherung und Erneuerung der einzelnen industriellen Kerne.





